

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: C. Fr. Weinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigentell: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die Verhandlungen in Leipzig.

Aus Leipzig wird uns geschrieben:

Nachdem in den vorausgegangenen 14 Tagen in den einzelnen Orten unter Beteiligung der beiderseitigen Vorstandsvorsteher nochmals örtliche Verhandlungen stattgefunden hatten, trat am 25. März im Gesellschaftssaal des Zentraltheaters in Leipzig die für diesen Zweck gebildete Schlichtungskommission unter dem Vorsitz des ehemaligen Handelsministers Freiherrn v. Berlepsch zur endgültigen Erledigung der für den neuen Vertragsabschluss noch streitigen Punkte zusammen. In die Schlichtungskommission waren gewählt von Seiten des Arbeitgeberverbandes die Herren Turner-Leipzig, Frank-Dresden, Bergmann-Görlitz, Schulte-Kiel, Rauch-Mainz und Neumann-Düsseldorf (Ersatzmann); seitens des Deutschen Holzarbeiterverbandes die Kollegen Gericke-Leipzig, Lauter-Dresden, Saling-Görlitz, Wegner-Kiel, Weiß-Mainz (Ersatzmann) sowie vom Zentralverband christlicher Holzarbeiter Stedem-Düsseldorf.

Außerdem nahmen als Vertreter der beiderseitigen Zentralvorstände an den Verhandlungen teil vom Arbeitgeberverband die Herren Kahardt, Fobbe und Schwente, vom Deutschen Holzarbeiterverband die Kollegen Leipart und Becker, vom Christlichen Verband Kurtzsch und vom Gewerbeverein Bam bach.

Zwischen den Zentralvorstandsvorstehern hatten bereits am 23. und 24. März Vorverhandlungen stattgefunden.

Zu den Verhandlungen vor der Schlichtungskommission waren je ein bis zwei Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter aus den einzelnen Orten geladen, welche in den Tagen vom 25. bis 28. März in folgender Reihenfolge zur Vernehmung gelangten: Stuttgart, Cassel, Chemnitz, Stralsund, Jena, Eisenach, Elbing, Bosen, Elberfeld, Forst, Luckenwalde, Herford, Poppo, Darmstadt, Offen, Detmold-Bage, Neumünster, Osnabrück, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Magdeburg, Potsdam-Romanev-Neuendorf. Insgesamt handelte es sich also um die Erneuerung von 22 Ortsverträgen, nachdem Hamburg ausgeschieden war, da die dortigen Arbeitgeber es abgelehnt hatten, sich einem Schiedspruch der Kommission zu unterwerfen.

Die Verhandlungen wurden getrennt für jede Stadt in der Weise geführt, daß die Arbeitervertreter ihre Forderungen vorbrachten und begründeten, worauf unter Beteiligung der Vorstandsvorsteher eine ausführliche Debatte über die Notwendigkeit und Möglichkeit der Durchführung dieser Forderungen geführt wurde. Die beiderseitigen Mitglieder der Schlichtungskommission beteiligten sich an den Erörterungen nur durch entsprechende Fragestellung. Allgemeine Anerkennung fand von beiden Seiten die äußerst geschickte und unparteiische Leitung der Verhandlungen durch den Vorsitzenden v. Berlepsch, der sich durch ein gründliches Studium der vorjährigen Vertragsverhandlungen in Berlin und der früher abgeschlossenen Verträge eine fast lückenlose Sachkenntnis angeeignet hatte, was sich bei den oft sehr schwierigen Verhandlungen über die kompliziertesten Spezialfragen von größtem Vorteil erwies.

Nach Erschöpfung der Debatte im Plenum zogen sich die beiderseitigen Ortsvertreter zu Sonderberatungen zurück, um durch dieselben soweit als möglich ohne einen Schiedspruch zu einer Einigung zu gelangen. Zu diesen Sonderberatungen, welche teilweise mehrere Tage dauerten, wurde je ein Vertreter der beiderseitigen Zentralvorstände hinzudelegiert, zu welchem Zwecke einige unserer beteiligten Gauvorsteher noch im letzten Augenblick nach Leipzig beufen werden mußten.

Den hauptsächlichsten Punkt der ganzen Verhandlungen bildete die Verkürzung der Arbeitszeit in den 22 Vertragsorten, welcher die auf der vorjährigen Konferenz der Zentralvorstände in Cassel aufgestellten Grundregeln für die Klassifikation der deutschen Städte als Grundlage dienten. Daneben mußte aber auch für die meisten Städte gleichzeitig über die Festsetzung der Löhne und deren Erhöhung während der neuen dreijährigen Vertragsdauer bis zum Jahre 1911 verhandelt werden, da die stattgefundenen örtlichen Verhandlungen überall nahezu ergebnislos geblieben waren.

Über das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt sich bei Abfassung dieses Berichtes noch gar nichts sagen.

Die Schlichtungskommission hat ihre Entscheidungen bis an den Schluß der Vernehmung aller Ortsvertreter zurückgestellt und muß nun das gesamte ihr vorgetragene Material nochmals durcharbeiten, wofür noch eine Reihe von Tagen in Aussicht zu nehmen ist. Die endgültigen Resultate der Verhandlungen werden vor dem 7. April nicht zu erwarten sein.

Eine unzweideutige Abfage.

In den süddeutschen Staaten haben die Regierungen den Gesetzentwurf über die Arbeitskammern, der gegenwärtig dem Bundesrat vorliegt, auch den Arbeitern zur Begutachtung unterbreitet. Eigentlich sollte das ganz selbstverständlich sein, und bei Gesetzentwürfen, welche die Interessen anderer Gesellschaftsklassen berühren, ist es auch allgemein Brauch, die Interessenten zu hören. Nur bei den Arbeitern ist man bisher anders verfahren; man betrachtet sie, nach dem bekannten Wort, als „Objekte der Gesetzgebung“, die nichts dreinzureden und nur geduldig hinzunehmen haben, was ihnen die Weisheit der Gesetzgeber beschert. Ob das Vorgehen der süddeutschen Regierungen ein Zeichen für die Abkehr von den seither gewandelten Bahnen ist, oder ob es sich nur um einen Ausnahmefall handelt, läßt sich jetzt noch nicht beurteilen; aber immerhin ist es als Fortschritt zu begrüßen, daß man sich überhaupt die Mühe nimmt, die Vertreter der Arbeiter über eine so wichtige Vorlage zu hören, wie es der Arbeitskammergesetzentwurf ist.

In Bayern wurde in einer Sitzung der Zentralstelle für Handel, Industrie und Gewerbe, die unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten am 25. Februar stattgefunden hat, über das Arbeitskammerprojekt verhandelt. Sowohl ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften, der Abgeordnete Oswald, wie der Abgeordnete Segitz-Fürth, Vertreter der freien Gewerkschaften, und der Vertreter der kaufmännischen Angestellten äußerten sich sehr kritisch über den Entwurf, während die Delegierten der Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereine ihn freundlicher beurteilten. Bei der Abstimmung wurden die Arbeitskammern abgelehnt, die Mehrheit verlangte Arbeiterkammern und ein Reichsarbeitsamt; hierfür stimmten sämtliche Vertreter der freien Gewerkschaften sowie der Handwerkerkammern, ein Vertreter der Christlichen und der Vertreter der kaufmännischen Gehilfen und technischen Angestellten, während die Minderheit sich aus den beiden Vertretern der Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereine und einem Mitglied der Arbeitervereine zusammensetzte.

Die bayerische Regierung hat die Frage in einer Sitzung der Ministerialabteilung für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, an der die der Abteilung angegliederten Vertreter der hessischen Arbeitervereine teilnahmen, erörtert. Diese Sitzung fand am 6. März im Beisein mehrerer Regierungsvertreter statt. Der Entwurf der Reichsregierung wurde ausnahmslos von allen 13 erschienenen Mitgliedern verworfen. Die Vertreter der freien Gewerkschaften traten für reine Arbeiterkammern ein; schließlich wurde eine allgemeine Übereinstimmung auf folgender Grundlage erzielt: Es sollen in den größeren Industrieorten reine Arbeiterkammern errichtet werden, daneben für Bezirke von der Größe eines mittleren Bundesstaates eine paritätisch sachlich gegliederte Zentralarbeitskammer, ferner an der Spitze ein Reichsarbeitsamt, zu dem die örtlichen Arbeiterkammern und die Bezirksarbeitskammern Vertreter entsenden sollen. Einmütig wurde der Anschluß an die Unfallversicherungsgesellschaften verworfen und für die Wahl der Arbeiter wie der Unternehmervertreter (mit Einbeziehung der Landwirtschaft und der Hausindustrie) das allgemeine, direkte Wahlrecht nach dem Proporz gefordert. Beamte der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen sollen als Vertreter wählbar sein. Die Kosten sollen Gemeinden, Staat und Reich tragen. Jedenfalls sei es mit der Würde und den Interessen der Arbeiter nicht vereinbar, wenn die Unternehmer die Kosten tragen, eventuell könne jedoch die Heranziehung der Arbeiter zur Kostenbedeckung erfolgen. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der Wormser Arbeitervertreter, der unter dem Einfluß des Freiherrn v. Seyl steht, von dem Arbeitskammergesetzentwurf nichts wissen wollte.

Bemerkenswert ist aber, daß auch das Ministerium für Elsaß-Lothringen in dieser Frage den Weg zu den Arbeiterorganisationen gefunden hat; es hat das Straßburger Gewerkschaftskartell zu einer gutachtlichen Äußerung über den Gesetzentwurf aufgefordert. In dem eingeforderten Gutachten wird die Schaffung einer Vertretung zum Schutze und zur Wahrung der Interessen der Arbeiter und Ange-

stellten, wie sie die Handwerker in Form von Handwerkskammern, die Industrie in den Handels- und Gewerkekammern und die Landwirtschaft in den Landwirtschaftskammern haben, als eine Notwendigkeit erachtet. Aber das Gutachten ist der „wohlbegründeten Auffassung, daß nur durch Errichtung reiner Arbeiterkammern“ diese Lücke ausgefüllt werden kann.

Sehr eingehend ist über den Gesetzentwurf in den Arbeitervertretungen Badens und Württembergs verhandelt worden. Die badische Regierung hat durch Vermittlung der Fabrikinspektion Vertreter der verschiedensten Gewerkschaftsrichtungen in zwei Sitzungen gutachtlich gehört. Hier war unter den Arbeitervertretern Übereinstimmung darüber, daß der Gesetzentwurf in seiner jetzigen Fassung abzulehnen sei. Von den christlichen und freien Gewerkschaften wurden Arbeiterkammern an Stelle von Arbeitskammern gefordert. Einige örtliche Kartelle der freien Gewerkschaften, so unter anderen das Mannheimer, haben der Fabrikinspektion auch noch schriftliche Gutachten über die Vorlage erstattet. Ferner hat am 15. März in Karlsruhe eine Konferenz der Gewerkschaftskartelle Badens sich in Anwesenheit des Leiters der badischen Fabrikinspektion Dr. Wittmann mit dem gleichen Gegenstand beschäftigt. Auch hier wurden von den Arbeitervertretern für alle Arbeiter Arbeiterkammern, die territorial gegliedert und nach dem Proportionalssystem gewählt werden sollten, gefordert. Es ist bemerkenswert, daß der Minister des Innern in badischen Landtag erklärte, Arbeiterkammern seien zwar das nächste, aber auch auf der Grundlage der Arbeitskammern lasse sich eine Landesvertretung der Arbeiter ermöglichen. Die Wahlen müßten allgemeine, gleiche und direkte sein unter Anwendung des Proportionalsystems. Auch seien beide schlechter zuzulassen. Einen Teil der Kosten dürfte der Staat zu übernehmen haben. Danach zu schließen, ist die Kritik der Vertreter der Arbeiterorganisationen in Baden an dem Gesetzentwurf bei der badischen Regierung nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen.

In Württemberg wurden die Arbeitervertreter bei der Zentralstelle für Gewerbe und Handel, sowie die Vertreter der Versicherten bei der Versicherungsanstalt Württemberg von der Regierung zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen, die am 2. März stattgefunden hat. Auch hier wurde die Gesetzesvorlage einmütig abgelehnt und allseitig einer Erklärung zugestimmt, in welcher sich die Arbeitervertreter grundsätzlich für Arbeiterkammern aussprechen. Für den Fall, daß Arbeitskammern beschlossen werden, wurden in einer Reihe von Punkten die Mindestforderungen formuliert, welche die Arbeiter an solch ein Gesetz stellen. Schließlich ist auch noch dem Gesamtkollegium der württembergischen Zentralstelle für Gewerbe und Handel von der Regierung Gelegenheit zu einer Äußerung über den Gesetzentwurf gegeben worden. In diesem Kollegium befinden sich neben 25 Unternehmern und Beamten nur vier Arbeiter. Dort wurde durch einen mit fünf Sechstel-Mehrheit zustande gekommenen Beschluß zum Ausdruck gebracht, daß die Schaffung einer Arbeitervertretung dringend wünschenswert sei, daß jedoch Arbeiterkammern diesem Zweck mehr entsprechen hätten als Arbeitskammern. Die Arbeiterschaft werde in den Arbeitskammern keine genügende Vertretung erblicken. Nur wenn es nach Lage der Verhältnisse ausgeschlossen sein sollte, Arbeiterkammern zu errichten, sei man bereit, der Errichtung von Arbeitskammern zuzustimmen. Weiter sprach man sich für die Errichtung von Landesarbeitskammern aus, falls Arbeitskammern errichtet werden sollten. Die Angliederung an die Berufsgenossenschaften wurde verworfen, weil sie größere Nachteile mit sich bringe. Bei Landesarbeitskammern wäre dann auch die Beteiligung des Handwerks möglich, auch biete dieses System die Möglichkeit einer proportionalen Wahl. Der Entwurf der Reichsregierung decke die vorhandenen Bedürfnisse nicht. Sollten entgegen dem Wunsche der Zentralstelle Kammern mit beruflicher Gliederung geschaffen werden, dann vermischt das Gesamtkollegium das vorgeschlagene Wahlsystem und fordert die Wahl der Arbeiter durch die Gewerkschaften, die der Arbeitgeber durch die Berufsgenossenschaften.

Allen diesen gutachtlichen Äußerungen ist der Grundzug gemeinsam: Die Arbeitskammern sind zu verwerfen, für die Arbeiter ist nur eine Arbeitervertretung in Form von Arbeiterkammern akzeptabel. Aber auch das im Entwurf vorgeschlagene Wahlverfahren, die Gliederung der Kammern, ihre Anlehnung an die Berufsgenossenschaften, findet bei den organisierten Arbeitern nur entschiedene Kritik.

Nur in fünf süddeutschen Staaten hat die Arbeiterschaft Gelegenheit gehabt, sich zu dem Arbeitskammergesetzentwurf zu äußern. Ihr Votum bedeutet eine unzweideutige Ablehnung der Vorlage. Würde die Arbeiterschaft in Nord-

deutschland ebenfalls Gelegenheit haben, sich gutachtlich in der Sache zu äußern, so würde ihr Urteil nicht anders ausfallen. Die Arbeiterschaft ganz Deutschlands will eben von einem solchen Wechselbalg, wie es der Arbeitskammergesetzentwurf ist, nichts wissen.

Zur Agitation unter den Solzarbeitern.

Es ist eine satfam bekannte Tatsache, daß die Zeiten, in welchen durch große öffentliche Versammlungen Kollegen kundeweise für die Organisation gewonnen werden könnten, endgültig vorbei sind. Das trifft wenigstens auf die Zahlstellen zu, wo schon seit langer Zeit eine Organisationsleitung tätig ist, die ihre Aufgabe begriffen und ihre Pflicht getan hat. Ausnahmen können noch vorkommen bei Lohnbewegungen, Ausperrungen, beim allerorts gibt es noch Kollegen, die erst im Augenblick der höchsten Gefahr das Mittel der Organisation ergreifen. Solcher Zuwachs bildet aber eine Ausnahme.

Und doch gibt es noch in jeder Stadt, in den Vororten Hunderte von Kollegen, die dem Verband fernstehen, die organisationsfähig sind und für unsere Sache gewonnen werden müssen. Hierbei sind nicht nur die Kollegen gemeint, die als Gehilfen aus der Lehre heranwachsen, sondern auch — und dies sind die meisten — die alten Kollegen, die in irgend einem Betrieb, in irgend einer Fabrik für sich abgeschlossen haufen, zum Teil politisch mit uns sympathisieren, sich aber in die Notwendigkeit der Organisation nicht mehr hineinleben können. Zu diesen kommt noch ein erheblicher Prozentsatz von solchen Kollegen, die aus dieser oder jener Ursache fahnenflüchtig geworden sind.

Die erstenannten Kollegen, unser junger Nachwuchs, werden wohl am ehesten für unsere Ideen zugänglich sein. Das um so eher, wenn der Lehrgeselle auch die einem organisierten Arbeiter auferlegte Pflicht erfüllt und in dem Lehrling nicht bloß den Laufburschen und Hausknecht, sondern den heranwachsenden Kollegen und — seinen künftigen Konkurrenten erblickt hat. Es soll ohne weiteres zugegeben werden, daß in diesem Falle gar oft schwer gesündigt wird, ein Umstand, der sich später meistens bitter rächt. Auf systematische Erziehung unserer Lehrlinge muß also seitens der organisierten Kollegen ein Hauptgewicht gelegt werden. Wir werden bei der Organisierung unserer jungen Kollegen um so mehr Verständnis für die Organisation erwecken können, als ja jedem Solzarbeiter in den jungen Jahren ein gewisser Wandertrieb innewohnt, und die jungen Kollegen sehr wohl wissen, welcher großen Nutzen ihnen der Verband bringt.

Bedeutend schwieriger ist es, die alten Kollegen in die Organisation zu bringen. Nicht feindlich, nur indifferent stehen die meisten unseren Bestrebungen gegenüber, und nicht selten hört man: „Ich würde mich euch gern anschließen, aber ich bin zu alt!“ Die Kollegen, von einem Krauter zum anderen geht im Kampfe ums tägliche Brot, flüchten sich mit zunehmendem Alter in die Fabriken — nicht in Möbelabriken, sondern in die großen Betriebe der Textil- und Eisenindustrie, um wenigstens in etwas eine gesicherte Arbeit zu haben; diese Sicherheit, meist auch nur trügerisch, ist aber um den Preis schlechter Entlohnung erkauft worden. Diese Kollegen sind selten in eine Versammlung zu bringen, Werkstattversammlungen verlaufen fast regelmäßig resultatlos. Bei dem ungeheuren Druck, der durch die Fabrikanten und ihre Handlanger auf diese Arbeiter ausgeübt wird, halten sie es für zu riskant, diese Veranstaltungen zu besuchen; Fälle sofortiger Maßregelung sind sehr häufig. Hier muß die Hausagitation einsetzen, der Kollege unterhält der Kontrolle des Fabrikanten aufgesucht und für uns gewonnen werden. Hierzu eignen sich aber nur einzelne wenige Kollegen; ein unbedonnenes oder unüberlegtes Wort wirkt oft mühsam Aufgebautes über den Häufen. Die mit der Hausagitation betrauten Kollegen müssen auch instand sein, mit den Frauen sich auseinanderzusetzen; in nicht wenigen Fällen ist die Frau daran schuld, daß der Kollege der Organisation fernsteht oder sie nach kurzer Zeit wieder fahren läßt. Ein Hand in Hand arbeiten mit den verschiedenen in den einzelnen Betrieben in Betracht kommenden Organisationen, soweit sie auf modernen Grundlagen aufgebaut sind, ist sehr von Nutzen.

bleibt noch die dritte Kategorie, die ausgetretenen, der Organisation fremd gewordenen und die indifferenten Kollegen, soweit sie in Holzbearbeitungsbetrieben arbeiten. Dazu gehören auch die von außerhalb Zugereisten. Hier muß meines Erachtens die Schwerkraft der Agitation in die Werkstatt, auf das Arbeitsverhältnis gelegt werden. Die organisierten Kollegen, das ist die Vorbedingung des Erfolges, müssen gewissermaßen dem Indifferenten als Vorbild dienen. Ohne Rücksicht nach links und rechts hat jeder seine Pflicht zu tun. Vielrederei führt zu nichts, reden zu rechter Zeit und am rechten Orte gewinnt die Sympathie der gesamten Mitarbeiter. Vor allem ist notwendig, daß die organisierten Kollegen unter sich einig sind, denn der Indifferent ist es, der immer auf uns unangenehme Vorkommnisse hinweist, die sich — und nicht allzu selten — unter den Verbandskollegen selbst abspielen. Für den Fernstehenden bildet dies dann die Ausrede, daß er abseits steht. Ein kollegiales Zusammenarbeiten der Kollegen einer Werkstätte wirkt Wunder. Sodann ist es notwendig, daß die organisierten Kollegen zu etwaigen Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses sofort Stellung nehmen und diese zurückweisen. Jeder zureisende Kollege muß nach seiner Organisationszugehörigkeit gefragt, aber auch sofort davon unterrichtet werden, welche Pflichten er zu erfüllen hat, nicht, wie es oft geschieht, erst nach Wochen.

Reißt ein Kollege ab oder verläßt er die Werkstatt, so muß er angehalten werden, sein Mitgliedsbuch in Ordnung zu bringen; ist dies geschehen, so wird der Kollege andernorts mit viel mehr Lust und Eifer in seinem neuen Wirkungskreis agitieren. Wie oft ist im gegenteiligen Falle der Kollege der Organisation verloren gegangen.

Noch einige Worte in bezug auf Werkstatt-, Bezirks- und Mitgliederversammlungen. Außer einem peinlich genau durchgeführten Werkstattvertrauensmännersystem ist es vonnöten, in bestimmten Zeiträumen neben den regelmäßigen Mitgliederversammlungen auch für die einzelnen Bezirke Versammlungen einzuberufen. Diese Besprechungen wie auch solche für einzelne Werkstätten sollen dazu dienen, die verschiedenen Mißstände zutage zu fördern und Mittel und Wege für deren Abhilfe zu suchen. Werkstattversammlungen sind nach Bedarf einzuberufen, bei Übergriffen des Arbeitgebers, Lohn- oder Akkordpreiserhöhungen, Streitigkeiten unter den Kollegen selbst. Grundbedingung des Erfolges ist präzise Einladung, sachliche Verhandlung und baldiger Schluß. Werkstattversammlungen in Fabriken, in welchen die Mehrzahl der Arbeiter einem gelben Verein angehört, sind zwecklos, weil bei dem herrschenden Denunziantensystem die organisierten Kollegen Gefahr laufen, bei dem Besuch der Veranstaltungen gemäßigelt zu werden und schon die Furcht vor der Maßregelung die Kollegen von dem Besuch abhält.

Die Mitgliederversammlungen müssen für die Kollegen eine Erholung sein. Nicht ein Unterhaltungsabend im landläufigen Sinne, sondern eine Stätte der Erbauung, der Kollegialität und Solidarität. Persönliche Anpassungen und Anrempelungen sind streng fernzuhalten, die Mitgliederversammlungen dienen der Sache, nicht der Person. Der größte Fehler ist — wohl allenthalben wird in diesem Punkte gesündigt —, daß sie zu lang ausgedehnt werden. Kurz und bündig, nach Erledigung wichtiger Angelegenheiten Schluß, das ist von großem Vorteil und trägt viel dazu bei, die Versammlungen fleißig zu besuchen. In den Kollegen der einzelnen Werkstätten muß ein gewisser Ehrgeiz Platz greifen, möglichst fleißige Besucher der Veranstaltungen zu sein. Belehrende Vorträge, eine gute und reichhaltige Bibliothek wird jedem Mitglied willkommen sein. Weiter soll den Kollegen Gelegenheit gegeben werden, sich nach den Versammlungen persönlich kennen zu lernen, damit das Band der Freundschaft sie alle umschlinge. Man bekämpfe Kastengeist und Eigenbündel, wecke aber in jedem Kollegen den Ehrgeiz, sich als Mensch zu fühlen und auch etwas auf sich zu halten.

Neben ernstern Dingen verlangt jeder Kollege auch einmal nach Unterhaltung und Aufseiterung. Um zu verhüten, daß besonders fremd zugereiste Kollegen durch die allerorts in Hülle und Fülle bestehenden sogenannten Vergnügungsvereine unserer Sache verloren gehen und entfremdet werden, um weiter auch den Frauen und Kindern der anässigen Kollegen Gelegenheit zu geben, sich im Kreise von Gesinnungsgenossen zu unterhalten und zu vergnügen, muß auch dem Verlangen nach dieser Richtung hin entsprochen werden, natürlich mit Maß.

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Es genügt nicht, die Kollegen einseitig für die Gewerkschaftsbewegung zu erziehen. Wir müssen den Kollegen begreiflich machen, daß neben der gewerkschaftlichen Organisation die politische unumgänglich notwendig ist, wir müssen unsere Kollegen über die Vorgänge auf politischem Gebiet aufklären, um so überzeugte Kämpfer zu schaffen, die jedem Sturm, jeder Anfechtung trogen. Daß hierzu auch das Lesen und Halten der Parteipresse eine dringende Notwendigkeit ist, ist selbstverständlich.

Dann wird nicht jeder Kollege nach einer Erziehung zu behandeln sein, individuell muß auf seine Auffassung, auf Erziehung und Begreifungsvermögen Rücksicht genommen werden. Immerhin kann bei Befolgung des Vorstehenden mancher Erfolg erzielt werden, gar mancher Kollege, der jetzt noch draußen steht, kann für unsere Sache gewonnen werden. Neue Mitglieder, neue Kämpfer, eine Verringerung der Streitkräfte des Feindes, den wir am tiefsten hassen, der uns noch immer gefährlicher ist als alle Arbeitgeberorganisationen zusammen! Nicht bloß der Bevollmächtigte, nicht bloß der Ausschuß und die Vertrauensmänner — alle Kollegen, ob jung oder alt, müssen ihre ganze Kraft einsetzen, die Leidensgenossen in unsere Reihen zu führen, die es ebenso hungert, die ebenso hart ringen im Kampf ums Dasein, die aber den richtigen Weg noch nicht gefunden haben. g. s.

Kommunale Arbeitslosenunterstützung.

In der belgischen Stadt Gent ist zum erstenmal der Versuch unternommen worden, den arbeitslosen Gemeindeangehörigen eine Unterstützung bei Arbeitslosigkeit aus Gemeindegeldern zu gewähren. Diese Arbeitslosenunterstützung wurde in der Weise durchgeführt, daß den Gewerkschaften ein Zuschuß zur Bestreitung der notwendigen Ausgaben auf diesem Gebiet gewährt wurde. Um aber die unorganisierten Arbeiter nicht zu zwingen, sich einem Verband anzuschließen, wenn sie sich in den Genuß der gemeindlichen Arbeitslosenunterstützung setzen wollen, wurde für diese die Möglichkeit geschaffen, sich durch Rücklegung von Ersparnissen gegen die Folgen etwaiger Arbeitslosigkeit zu sichern. Wenn sie bei Arbeitslosigkeit von ihren Ersparnissen Gelder abheben, dann erhalten sie zu diesen einen Zuschuß aus Gemeindegeldern. Dieses System der kommunalen Arbeitslosenunterstützung, welches nach der Stadt, in welcher es zum erstenmal durchgeführt wurde, das Genter System heißt, ist inzwischen mit geringeren oder größeren Abweichungen auch in anderen Städten zur Einführung gelangt.

In Deutschland ist es die Stadt Straßburg i. El., die auf diesem Gebiet bahnbrechend vorgegangen ist. Am 1. Januar 1907 ist dort eine Arbeitslosenversicherungsordnung in Kraft getreten, durch welche versuchsweise für die Dauer eines Jahres eine Summe von höchstens 5000 Mk. bewilligt wurde, um die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu unterstützen. Das Reglement bestimmt die Voraussetzungen, unter welchen die Unterstützung gewährt wird, und zwar gehen die wesentlichen Bestimmungen dahin, daß die Unterstützung als Zuschuß zu der Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird, welche der Bezugsberechtigte von seiner Gewerkschaft erhält. Dieser Zuschuß beträgt 50 Prozent des Unterstützungssatzes, welchen der betreffende Arbeitslose jeweils von seinem Verein bezieht, jedoch höchstens 1 Mk. pro Tag. Unterstützt werden nur solche Arbeiter, die beim Eintritt der Arbeitslosigkeit mindestens ein Jahr ununterbrochen in Straßburg wohnen.

Vereine, die Arbeitslosenunterstützung zahlen, müssen, wenn sie ihren Mitgliedern den städtischen Zuschuß sichern wollen, einen entsprechenden Antrag beim Bürgermeisteramt stellen. Sie haben diesem ihr Arbeitslosenregulativ einzufenden, müssen die Arbeitslosenklasse von den übrigen Vereinszwecken getrennt verwalten und ein Register über die Arbeitslosen führen. Das sind ganz selbstverständliche Vorschriften, durch welche der Beitritt zu der Einrichtung keinem Verein erschwert wird. Abweichend von der Einrichtung in Gent beschränkt sich aber die Unterstützung in Straßburg ausschließlich auf die Mitglieder von Organisationen; Unorganisierte werden nicht unterstützt.

Dieser Tage hat nun der Beigeordnete Dominicus den Bericht über das erste Geschäftsjahr an den Gemeinderat erstattet. Aus demselben geht hervor, daß nach einer Besprechung, die der Vertreter des Bürgermeistersamtes mit den Vorständen der in Betracht kommenden Gewerkschaften hatte, sich alle Organisationen, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen, mit Ausnahme der Transportarbeiter zum Anschluß meldeten. Von den 20 angemeldeten und zugelassenen Verbänden kamen jedoch nur 12 in die Lage, von dem städtischen Zuschuß Gebrauch zu machen. Insgesamt erhielten 153 Personen Unterstützung für 2618 Tage, und zwar betrug die von der Stadt gezahlte Unterstützung im ganzen 1889,85 Mk.; der Voranschlag ist also bei weitem nicht erreicht worden. Auffällig ist auch der Umstand, daß die an dieselben Personen aus den Kassen der Gewerkschaften gezahlte Unterstützung 7726,64 Mk. betrug. Da der Zuschuß der Stadt satzungsgemäß 50 Prozent der gewerkschaftlichen Sätze beträgt, hätte die Gesamtsumme eigentlich halb so groß sein müssen, als die von den Gewerkschaften gezahlte Summe, statt dessen wurde tatsächlich nur ein Viertel der Gewerkschaftssätze erreicht. Zur Erklärung dieser Erscheinung wird darauf hingewiesen, daß seitens der Gewerkschaften die Unterstützung für manchen Tag gezahlt wurde, für den die Stadt wegen unterlassener Meldung nichts zahlte; hauptsächlich wird die Differenz aber auf die Bestimmung zurückgeführt, nach welcher der einjährige Wohnsitz Voraussetzung für die städtische selbstverständlich aber nicht auch für die gewerkschaftliche Unterstützung ist. Daß die Unterstützungssumme an sich gering ist, liegt hauptsächlich an der günstigen wirtschaftlichen Konjunktur des Jahres 1907.

Der Bericht beschäftigt sich eingehend mit den Bedenken, welche in der Wissenschaft gegen die Arbeitslosenversicherung überhaupt und das Genter System im besondern erhoben werden. Die wichtigsten dieser Bedenken sind 1. die Schwierigkeit der Kontrolle der Ursache der Arbeitslosigkeit, 2. die Schwierigkeit der Kontrolle der bestehenden Arbeitslosigkeit, 3. die Schwierigkeit der Beendigung der Arbeitslosigkeit durch Entlassung in „jede“ Arbeit. Die Straßburger Überlegungen gehen von dem Bedenken aus, daß die Stadt sich nicht darauf zu beschränken hat, den Gewerkschaften Beihilfen zu zahlen und es ihnen zu überlassen, die Bezüge der Unterstützung zu kontrollieren, vielmehr will die Stadt durch ihre Organe an der Durchführung der Einrichtung aktiv mitwirken und selbst eine materielle Kontrolle ausüben. Dieser Plan ist zur Durchführung gelangt, und es ist den Organen der Stadtverwaltung gelungen, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Voraussetzung hierfür ist natürlich, daß sich die zur Mitwirkung an der Einrichtung berufenen Organe von der bürokratischen Schablone freihalten und daß sich die Vertreter der Stadt und der Gewerkschaften gegenseitig mit dem nötigen Vertrauen begegnen.

Der Bericht führt einige Fälle vor, die den Beweis erbringen, daß bei aller Strenge, mit welcher das Reglement durchgeführt wurde, man sich doch nicht auf den Buchstaben der Vorschrift versteifte, um die Wohltat zur Plage zu machen. So wird zum Beispiel durch die Versicherungsordnung bestimmt, daß die Unterstützung nur im Falle „unfreiwilliger Arbeitslosigkeit“ gewährt wird. Der städtische Zuschuß wurde jedoch auch dann gewährt, wenn der Arbeiter freiwillig die Arbeitsstätte verlassen hatte, weil ihm zugemutet war, unter dem Tarif zu arbeiten. Ähnlich wurde verfahren, wenn der „freiwillige“ Abgang durch Schikanen der Vorgesetzten erreicht worden war. Allerdings ist es in solchen Fällen nicht leicht, ein objektives Bild von den Vorgängen im Betrieb zu erlangen, so daß es in einigen Fällen zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und den städtischen Beamten kam, die sich darin äußerten, daß der betreffende Arbeiter wohl von seiner Gewerkschaft, nicht aber auch von der Stadt unterstützt wurde. Diese Meinungsverschiedenheiten in Spezialfällen haben aber offenbar das gute Einvernehmen der beiderseitigen Organe nicht gestört.

Die Kontrolle der Arbeitslosen und die ganze Durchführung der Arbeitslosenunterstützung hat zur Voraussetzung die Existenz eines gut funktionierenden Arbeitsnachweises.

Das städtische Arbeitsamt hat unbeschadet der Kontrolle der Arbeitslosen durch ihre Gewerkschaft auch seinerseits eine scharfe Kontrolle durchgeführt, und das gute Verhältnis, in dem die Beamten des städtischen Arbeitsamtes mit den Gewerkschaftsbeamten standen, ermöglichte ein fortlaufendes Hand in Hand arbeiten. Die Schärfe, mit welcher die Kontrollvorschriften durchgeführt wurden, ließ sich aber ganz gut mit der notwendigen Nachsicht in Einzelfällen vereinbaren. So wurde des öfteren Arbeitslosen gestattet, auswärts Arbeit zu suchen und an den betreffenden Tagen die Kontrolle zu versäumen, ohne daß ihnen die städtische Unterstützung entzogen wurde. In ähnlicher Weise suchte das Arbeitsamt den Schwierigkeiten zu begegnen, die das Inarbeitbringen der Arbeitslosen verursacht, wenn man hierbei bei den verschiedenartigen, teilweise sich widersprechenden Interessen Rechnung tragen will. Den gelernten Arbeitern wird die Annahme von Tagelöhnerarbeit grundsätzlich nicht zugemutet; ebensowenig wird die Annahme einer nicht tariflich gezahlten Stelle verlangt, wenn ein Tarifvertrag existiert. Von Ledigen wird verlangt, daß sie auch auswärts Arbeit annehmen, wenn sie nicht besondere Gründe dagegen geltend machen können. Stets aber suchte das Arbeitsamt die einzelnen Fälle möglichst individuell zu behandeln. Der Bericht kommt deshalb zu dem Resultat, daß die drei Hauptbedenken der Theorie gegen die Arbeitslosenversicherung sich als nicht stichhaltig erwiesen haben.

Man wird diesem Urteil im allgemeinen zustimmen können, doch darf man nicht übersehen, daß für das Gelingen des Versuchs eine ganze Reihe günstiger Momente zusammengewirkt haben. Die Straßburger Stadtverwaltung zeichnet sich durch ein Maß von sozialem Verständnis aus, welches vielen anderen Städten als Muster dienen kann. Wenn man an verschiedenen Stellen des Berichtes von dem einträchtigen Zusammenarbeiten der Gewerkschaftsorgane und der städtischen Beamten als von etwas ganz Selbstverständlichem liest und sich dabei als Gegenstück zum Beispiel das Witten des Breslauer Oberbürgermeisters gegen die Gewerkschaften vergegenwärtigt, dann begreift man, wie sozialpolitische Experimente an dem einen Orte auf den ersten Versuch gelingen, während man anderwärts aus lauter Bedenken und Erwägungen nichts zu unternehmen wagt.

Noch ist ja die Straßburger Arbeitslosenversicherung nicht gegen alle Fährlichkeiten gesiegt, insbesondere dürfte der Zuzuschuß aus der Stadtkasse noch erheblich anwachsen. Aber das darf für eine Verwaltung, die das Gesamtwohl im Auge hat, kein Grund sein, die notwendigen Kredite zu verweigern. Jedenfalls hat das Straßburger Beispiel gezeigt, daß die Städte auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung noch manches leisten können, und es wäre nur zu wünschen, daß die guten Erfahrungen, die man im ersten Jahre der kommunalen Arbeitslosenversicherung in Straßburg gesammelt hat, befruchtend auf den sozialpolitischen Eifer anderer Gemeinden wirken mögen.

In der Privatklagesache des Generalsekretärs L. Nasse zu Berlin, Privatklägers, gegen den Redakteur G. Fr. Deinhardt zu Stuttgart, Angeklagten, wegen Beleidigung hat das königliche Schöffengericht Berlin-Mitte, Abteilung 147, am 11. Februar 1908 für Recht erkannt: Der Angeklagte ist der öffentlichen Beleidigung schuldig und wird deshalb zu 30 M. Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle zu sechs Tagen Gefängnis und in die Kosten des Verfahrens verurteilt. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, den erkennenden Teil des Urteils binnen vier Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils durch einmaliges Einrücken in die deutsche „Solzarbeiter-Zeitung“ auf Kosten des Angeklagten bekannt zu machen.

Die Richtigkeit der Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt.

Berlin, den 20. Februar 1908.
Grüger, Gerichtsschreiber des R. Amtsgerichts Berlin-Mitte, Abteilung 147.

Kolping und Marx.

n. Die „Gewerkschaftsstimme“, das Blatt des Verbandes christlicher Transport- und Hilfsarbeiter, benutzt die fünfundschwanzigste Wiederkehr des Todestages von Karl Marx zu einem historischen Rückblick auf die Arbeiterbewegung früherer Zeiten und knüpft daran einen Vergleich zwischen zwei Männern der Arbeiterbewegung, der eine kurze Erörterung wert ist. Das Blatt schildert den Einzug der Maschine in Deutschland, ihren Einfluß auf die Industrie, das Wirtschaftswesen und die Arbeiterverhältnisse: „Alles litt unter einer allgemeinen Depression. Da kam jene Zeit, in der die entstandenen Arbeitermassen in ihrem Glend sich in wilder Empörung gegen ihre sie rücksichtslos ausbeutenden Arbeitgeber wandten. Die blutigen Aufstände von Krefeld und Peterswaldbau werden in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nie vergessen werden. Sie dienen uns ja als Lernmittel, sie zeigen uns in ihrer Natürlichkeit, ähnlich wie die Aufstände der englischen Arbeiter gegen die Maschine, daß nicht blinde Leidenschaft zum Ziele führen kann. Sie zeigen uns, daß zur Erreichung eines höheren Zieles eine gute Führung, ein klares Programm, Ausdauer und Disziplin gehört.“

Aber wer sollte die Arbeiter führen, fragt das Blatt, wer sollte ihnen eine programmatische Richtschnur geben; wer besaß Autorität genug, sie zur Disziplin zu führen, woher sollten sie Mut und Ausdauer in ihrem Ringen nehmen? Die Arbeiter seien meist auf dem Lande, zum Teil ohne Schulbildung, groß geworden, unfähig, aus sich heraus ihre Führer zu erzeugen. „Da leuchten uns zwei

große Männer aus jener Zeit entgegen, von denen jeder auf seine Weise sich der Arbeiterbewegung anzunehmen versuchte: Kolping und Marx.“

So steht da in der Tat zu lesen. Kolping und Marx! Nun stimmt es gewiß, daß beide in der Arbeiterbewegung tätig waren, und da sie aus diesem Grunde immerhin etwas Gemeinsames haben, so kann man sie gewiß in Vergleich bringen. Allerdings wird derjenige, der das Wesen und Wirken der beiden Namen kennt, dabei zu wesentlich anderen Ergebnissen kommen als die „Gewerkschaftsstimme“, die nicht nur, was schließlich nicht weiter verwunderlich wäre, von Marx nichts versteht, sondern auch, was etwas weniger begreiflich ist, auch vom biederen Gesellenwatter Kolping nichts weiß.

Hören wir: „Kolping, der Praktiker, stellte sich auf den Boden der Tatsachen und suchte sofort helfend einzugreifen. Er sah ein, daß nur Fachorganisationen, die einerseits die Pflege des Handwerkes und andererseits die Selbsterziehung der Mitglieder, die geistige Fortbildung, die Lage des arbeitenden Standes heben kann. Daher seine Organisationsgründungen, die noch heute in den katholischen Gesellenvereinen allgemeine Anerkennung finden.“

Es ist richtig, Kolping war ein Praktiker, ausschließlich und in einem Maße Praktiker, daß er nur Sinn und Verständnis hatte für die Nöte, die er am eigenen Leibe erlebt hatte: für die Nöte des Handwerksgehilfen. Kolping, der Sohn armer Leute, hatte bis zu seinem 24. Jahre auf dem Schusterstuhle gesessen, erst dann kam er mit Hilfe eines wohlwollenden Geistlichen dazu, die höhere Schule und dann die Universtität zu besuchen, um Geistlicher zu werden. Als Lehrling und Geselle hatte er reichlich die Herrlichkeiten des ehrsamem Handwerks zu kosten bekommen, aber so sehr „Praktiker“ war Kolping, daß er nachher als Gesellenwatter die Arbeiter nicht lehrte, sich gegen die Ausbeutung zu organisieren, er begnügte sich, die Gesellen auf die Notwendigkeit eines gottgefälligen und sittlichen Lebens hinzuweisen, ihnen Hospize zu bauen, wo sie frommen Reden lauschen und unter geistlicher Aufsicht sich harmlos unterhalten konnten, daneben ein bißchen Fachunterricht, eine Bibliothek mit katholischen Büchern, wenn's hoch kam: eine Sparrasse — das war das Werk des Gesellenwatters Kolping, den die „Gewerkschaftsstimme“ als „großen Mann“ neben Marx feht.

Kolpings Fürsorge beschränkte sich auf den katholischen Handwerksgehilfen, an die Fabrikarbeiter dachte er nicht, oder richtiger: er war zu sehr „Praktiker“, um nicht einzusehen, daß an der Arbeiterfrage im weiteren Sinne seine schwachen Kräfte scheitern mußten. Er ließ sogar die Lehrlinge im Handwerk aus dem Spiel, um sein enges Gebiet: die Gesellenfürsorge, nicht zu stören. Und da nach seiner Meinung jeder Geselle auch dereinst Meister wurde, so hütete er sich wohlweislich, seine Gesellenvereine auf die Fragen des Arbeitslohnes, der Arbeitszeit usw. hinzuweisen; waren sie doch berufen, dereinst als Meister das Geschäft der Ausbeutung fröhlich fortzusetzen, unter der sie als Gesellen bitter geklitten hatten.

Es ist auch nicht richtig, wenn die „Gewerkschaftsstimme“ meint, daß Kolping die Notwendigkeit der Fachorganisation eingesehen habe. Der Gesellenverein ist keine Fachorganisation; er enthält unterschiedslos die Angehörigen aller Handwerksberufe, und Kolping wäre der erste gewesen, der eine Absonderung der Mitglieder nach ihren Berufen auf das entschiedenste verurteilt hätte, wenn zu einer solchen je die Absicht vorhanden gewesen wäre. Selbst seine Nachfolger haben der bezwüchlichen Gliederung der Gesellenvereine, wie ihr Verhalten gegenüber der christlichen Gewerkschaftsbewegung beweist, nur unter heftigem Widerstreben einige Zugeständnisse gemacht, und so ist denn auch heute noch der Gesellenverein, Kolpings Schöpfung, im wesentlichen ein Verein von ungläubigen — und im ultramontanen Sinne — stitlichen Erziehern der Handwerksgehilfen, das seine Wirksamkeit in Deutschland auf etwas mehr als ein halbes Hunderttausend Arbeiter erstreckt. Wer eine solche Leistung für genügend hält, um jemanden zum „großen Manne“ zu stempeln, der ist um seine Bescheidenheit nicht zu beneiden.

Kolping, dem Praktiker, stellt die „Gewerkschaftsstimme“ Marx, den „Theoretiker“, gegenüber. Die paar Sätze, die das christliche Blatt über die Marx'sche Theorie zusammenstammelt, sind dummes Zeug. Aber angenommen mal, sie wären richtig, ist denn Marx wirklich nur „Theoretiker“, was in diesem Falle, in der Gegenüberstellung zu dem „Praktiker“ Kolping, gewiß nicht gerade in lobendem Sinne verstanden sein soll? Hat der Mann, der das Wort in die Welt rief: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ nicht viel mehr praktischen Sinn bewiesen als derjenige, der sich mit der Forderung begnügte: „Katholische Handwerksgehilfen Deutschlands, vereinigt euch!“

Und da Kolpings Verdienste um die Fachorganisation gepriesen werden — die er gar nicht hatte —, so sei daran erinnert, daß im Jahre 1847 bereits Marx in seiner gegen Proudhon gerichteten Schrift „Das Glend der Philosophie“ von den Gewerkschaften schrieb, daß sie für die Organisation der Arbeiterklasse dieselbe Bedeutung haben wie die Gemeindebildung des Mittelalters für die Mittelklassen der bürgerlichen Gesellschaft. Marx stand mit den englischen und insbesondere den Londoner Gewerkschaftsführern in engsten Verkehr; er hat die englischen Gewerkschaften als die „Preisfechter der modernen Arbeiterklasse“ genannt, und wenn die Internationale Arbeiterassoziation auf allen ihren Kongressen auf das lebhafteste für die Gewerkschaftsbewegung eingetreten ist, so darf das zum guten Teil ihrem leitenden Geiste, dem „Theoretiker“ Karl Marx, gedankt werden.

Die „Gewerkschaftsstimme“ wird zugeben, daß die Arbeiterbewegung eine hervorragend wichtige

und praktische Frage ist. Der „Praktiker“ Kolping hat sich darum zwar nie gekümmert, es ist sogar anzunehmen, daß, wenn die Frage zu seiner Zeit brennend gewesen wäre, er mit allen Kräften sich gegen den gesetzlichen Schutz der Handwerksgehilfen ausgesprochen hätte, wie es die biederen Zentrumsleute heute noch tun. Dagegen hat der „Theoretiker“ Marx dieser Frage von jeher die allergrößte Bedeutung zugemessen. Keiner wie er hat die Wirkungen der kapitalistischen Ausbeutung zu erkennen und zu schildern gewußt, keiner aber hat auch den Einfluß des Arbeiterschutzes auf die leibliche und geistige Hebung der Arbeiterklasse so gründlich ermesen, keiner ist für die Einführung und die Entwicklung des Arbeiterschutzes mit solchem Eifer eingetreten wie der „Theoretiker“ Marx.

Das alles ist praktische Arbeit, Gegenwartarbeit, denn die wichtigsten Fragen der modernen Arbeiterbewegung drehen sich um die Stärkung und Anerkennung der Organisation, um den Schutz der Arbeitskraft und — als letztes, nicht als geringstes: um die politische Gleichberechtigung, für die der „Praktiker“ Kolping nicht das geringste Verständnis hatte, für die jedoch der „Theoretiker“ Marx, der makellose Demokrat, das Opfer eines ganzen Lebens gebracht hat. Wenn man die Bedeutung eines Mannes nach seinem Verständnis und seinen Leistungen für praktische Fragen ermißt, dann ist es eine Annäherung sondergleichen, einen Kolping als „großen Mann“ neben oder gar über Marx stellen zu wollen. — Mit einem Blatt, das, wie die „Gewerkschaftsstimme“, so zweifelhafte Kenntnis in rein tatsächlichen Dingen aufweist, über den Sinn und die Wichtigkeit der theoretischen Leistungen von Marx zu streiten, wäre nun wohl ein unnützes Beginnen. Mit der ganzen Erhabenheit christlicher Unfehlbarkeit versucht das genannte Gewerkschaftsblatt die ökonomisch-historische Auffassung von Marx abzutun, indem es schreibt: „Der Kapitalismus steht fester als je. Die Fortschritte der Technik sind dem ganzen Volke zugute gekommen. Die Lage des gesamten Volkes hat sich gehoben. Der Kleinbesitz ist nicht zurückgegangen, sondern hat sich neben den Großbetrieben gut entwickelt. Der Glaube an das Marx'sche Dogma ist unhaltbar geworden. Er irrte.“

Vergleichen in einem kapitalistischen Blatte zu finden, wäre ja nun nicht weiter verwunderlich, aber in einem Gewerkschaftsblatt darf dieser Lobgesang auf die Ewigkeit und Herrlichkeit der kapitalistischen Ordnung doch einigermaßen in Erstaunen setzen. Also es ist alles zum besten bestellt, es geht ihnen allen gut: den Kapitalisten, dem Mittelstand und der Arbeiterklasse; die Lage des gesamten Volkes hat sich gehoben. Wir erwarten, daß demnächst die „Gewerkschaftsstimme“ ihr Erscheinen einstellt und zugleich die Auflösung des Verbandes christlicher Transport- und Hilfsarbeiter ankündigt. Denn was haben Gewerkschaftsblätter noch für einen Zweck, wenn alles so herrlich beschaffen ist und es den Arbeitern so gut geht?

Die moderne Bewegung in Wien.

Von Joseph Aug. Euz, Wien. (Schluß.)

Diese prädestinierte Harmonie ist beweisbar, wie ein Verstandesprodukt. Sie ist aus der Konvention geschöpft, die jeder streng stilistischen Kunst aller Zeiten zugrunde liegt. Darin ist diese Wiener Kunst verwandt mit den vorzüglichsten Kunstschöpfungen der Menschheit, und um sie zu erklären, kann man nur die besten und monumentalsten Beispiele der Geschichte zum Beweise anrufen. Das ist selbst und paradox; aber die Kontinuität der organischen Idee ist auch in dieser Wiener Kunst so lebendig und wirksam, daß sie in dekorativer Hinsicht ebensoviel Beziehung zu den heimischen häuerlichen Schmuckmotiven, wie zu den Grundrissen der japanischen Ornamentation gleichzeitig aufweist. Dieselben Beziehungen könnte man zur alten vorderasiatischen, wie zur romanischen und gotischen Kunst entdecken; sie beruhen aber keineswegs, wie man böswilligerweise annimmt, auf Nachahmung, sondern auf einer formalistischen Gesetzmäßigkeit, die sich nur entweder im Unterbewußtsein einer instinktiven Kunstübung oder in dem Oberbewußtsein der modernen künstlerischen Kultur ergibt. Auf diese organische Idee oder auf diese formalistische Gesetzmäßigkeit ist die Entwicklung der Wiener Moderne gestellt. Sie hat keine neuen Ideen ins Leben gesetzt, sie hat vielmehr die in die Welt gekommenen neuen Ideen mit äußerster Folgerichtigkeit verwertet und auf diese Weise einen ganz auszeichnenden Rang gewonnen. Ihre Originalität beruht nicht in der schöpferischen Ursprünglichkeit, sie beruht vielmehr in der strengen disziplinierten Formulierung der modernen Ideen, die das neue Gesicht alter künstlerischer Wahrheiten sind.

Die Erneuerung des Kunsthandwerkes stammt aus England, die Erneuerung der Ornamentik aus Belgien, aber die verfeinerte äußere Form und die radikale Anwendung stammt aus Wien. Das wird am deutlichsten im Ornament sichtbar. Die Wiener Künstler haben keinen Augenblick daran gedacht, ein neues abstraktes Ornament erfinden zu wollen. Van de Velde hat unrecht, wenn er meint, daß die Wiener durch ein phantasiereiches Spiel von Quadraten und Dreiecken Estifen hervorrufen wollten. Auch die Wiener Künstler haben in der Ornamentik größtenteils aus den alten Quellen geschöpft, aus dem Pflanzen- und Tierreich; sie haben ein Neues lediglich darin getan, daß sie der uralten Ornamentlehre gemäß die Anordnung schematisierten. Sie haben keineswegs den Inhalt erneuert, sondern nur die Form. Sie haben kein religiöses, mystisches, abstraktes oder dichterisches Element hinzugefügt, wohl aber haben sie den Aufbau, die rhythmische Aneinanderreihung, die Architektur des Ornamentes, kurz, die organische Idee, die sich darin

ausdrückt, aufs neue ausgebildet. Ihr Ornament ist Flächenfüllung, auf die einfachsten Elemente reduziert, und bewegt sich daher räumlich innerhalb elementarer Grundformen, wie im Quadrat oder im Dreieck. Dabei wird man immer beachten, daß bei den in diese Grundformen hineinkomponierten Ornamenten bei aller dichterischen Strenge und bei aller ängstlicher Vermeidung störender plastischer Details die konstruktiven Hauptzüge des natürlichen Vorbildes berücksichtigt sind. Dieses scheinbar ganz schematische Ornament beruht sonach auf einem genauen Naturstudium, ungeachtet der impressionistisch-flächenhaften Totalwirkung und der schematisch-stilistischen Gliederung. Trotzdem das Ornament auf diesem Wege eine ziemlich abstrahierte Form gewinnt, ist bei näherem Zusehen doch alsbald zu erkennen, daß die organische Beziehung zu dem natürlichen Vorbild stets mit großem Bewußtsein festgehalten ist. Die ältere Kunst, die ein ausgeprägtes Stilgefühl hatte, gibt für diese Auffassung lehrreiche Beispiele. Wir finden selbst auch im Barock diesen Grundsatz festgehalten und selbst naturalistische Zeichnungen in Büchern streng in die quadratische Form hineinkomponiert. Die Wiener haben das Verdienst, daß sie der allgemeinen formalen Verlotterung gegenüber diesen Grundsatz mit besonderer Schärfe ausgesprochen und bis ins Extrem entwickelt haben, wodurch die Sache jenen bedenklichen Zug ins Starre, um nicht zu sagen Leblose bekam.

Dieses kolossale Bewußtsein für die zweckmäßige und beziehungsreiche Form liegt natürlich neben einer großen Sicherheit eine gewisse Gefahr in sich. Es darf nicht verwundert sein, daß einer solchen Kunst wenig schöpferische Unmittelbarkeit anhaftet, wenig Handschriftlichkeit, keine dyonisische Gebärde, keine genialische Urkraft, die sich am liebsten in einer ganz unzeitgemäßen Formlosigkeit gibt. Wo in aller Welt haben wir denn das heute überhaupt zu erwarten? Die modernen Ideen und Neuerungen stehen fest, die Aufgabe ist nun, sie in die Form zu bringen und der Kultur dienbar zu machen. In dieser Beziehung hat Wien das Äußerste getan. Die Überlegenheit dieser Wiener Künstler besteht in dem feinen Takt, mit dem sie diese Neuerungen und die schöpferischen Gedanken der Welt in eine weltmännische Form brachten. Der Engländer vermag es, den Frack anzuziehen und in dieser extremen Gesellschaftskostüm unter dem häuerlich roh zubehauenen Gebälk seines Landhauses zu sitzen, der Deutsche trägt erhabene Gedanken von Kulturveredlung im Kopfe und läßt wie ein Varenhäuter herum, aber der Wiener empfindet diese Widersprüche taktlos und roh. Er möchte diese Welt in eine sinnlich sichtbare Harmonie setzen. In ihren feierlichen schwarz-weißen Räumen haben diese Wiener Modernen die mondaine vornehme Einfachheit gefunden, die den schwarzen Frack ebenso harmonisch ergänzt wie die Feinschmeckerinteressen, die sich mit japanischer Kunst, mit Oskar Wilde, Maeterlinck, Minne und ähnlichen künstlerischen Erlebnissen unserer Zeit beschäftigen. Die Bedeutung der Wiener Modernen in der heutigen Welt wird in dem nachweisbaren Einfluß sichtbar, den sie auf die künstlerische Entwicklung in Deutschland nimmt. Das ist kurz zu sagen. Sie ist das formale Gewissen der modernen Kunst. Nachdem die Ziele feststehen, das Wilde immer mehr abgestreift wird, tritt die Bedeutung der Wiener immer mehr in den Vordergrund. Sie sind keine philosophischen Künstler, keine Ideenschöpfer, aber außerordentliche Ideenverwerter, Formkünstler, wie es in der Literatur etwa Hoffmannsthal ist. Nach ihrem strengen künstlerischen Gewissen bestand ihre wesentliche Aufgabe in der Reinheit und Wichtigstellung der Form. Auch Koller hat in seinen berühmten Opernausstattungen eigentlich nichts anderes getan, als jeder impressionistische Maler hätte tun müssen. Er hat die Farbenwirkungen von der Bühne aus richtiggestellt. Er hat keine neue Form, keinen neuen Stil der Welt geschaffen, er hat nur die impressionistische Weltwirkung der Bühne mit erhöhter Naturwahrheit auf das konsequenteste durchgeführt.

Durch diesen Künstlerkreis gewinnt Wien wieder die vorbildliche Stellung für eine verbindliche Lebensform, die es früher hatte, in der Musik noch immer hat und in der Kunst mehr denn je haben wird, wenn nicht alle Zeichen trügen.

Es ist kein bloßer Zufall, daß Wien weniger die tief-sinnigen, als vielmehr die formalen Genies hervorbringt. Um dieses Phänomen zu erklären, hat man viel zu wenig die, wenn man so sagen darf, kulturgeographische Lage Wiens berücksichtigt. In dieser Stadt scheiden sich das Morgenland und das Abendland, der germanische Norden und der romanische Süden. Die slawischen Wälderwellen, die sich hier brechen, die Verkehrswege und Massenverbindungen mit dem asiatischen Orient, der französischeste höfische Einschlag, das empfindsame Deutschtum dieser Stadt, das die Kunstreligion Ruskins und Morris', die Musik Minnes, Maeterlincks und der Mackintoshs am frühesten begriff, bilden in der Kultur dieser Stadt einen eigenartigen Niedererschlag. Der Künstler sieht einen Reichthum vor sich, der ihn bedrängt, ihn förmlich überschüttet mit den widersprechendsten Kräften, Gestalten und künstlerischen Eindrücken. Das sind die Überlegensten unter ihnen, die diese Widersprüche auflösen und in neuen Harmonien vereinigen. Sie suchen das Gemeinsame dieser verschiedenartigen herrschenden Erscheinungen und bilden aus diesem Gemeinsamen ihre neue Form, die von allem etwas hat und doch so eigenartig ist. Sie ist die kristallisierte Kunstform, in der alle heutigen Kultureinflüsse verarbeitet sind. Man wird begreifen, warum Wien bevorzugt ist, auch in der modernen Kunstentwicklung einen Ton anzugeben.

Kollegen, abonniert das „Fagblatt für Holzarbeiter“.

Stimmen zum Verbandstag.

Es kommt mir vor, als wenn die Kollegen nach all den vorausgegangenen Gantagen es nicht mehr der Mühe wert halten, sich über die Aufgaben des Verbandstages zu äußern, und auch glauben, daß all dieses, was dort angenommen oder abgelehnt wurde, einer Diskussion nicht mehr bedarf. Ich stehe allerdings in dieser Sache auf einem anderen Standpunkt. Gerade der diesjährige Verbandstag hat sich mit großen und schwerwiegenden Fragen zu befassen. Besonders trifft dies zu beim Abschluß von Tarifverträgen, bei der Gestaltung von paritätischen Arbeitsnachweisen usw. mit dem Arbeitgeberverband in der Holzindustrie. Jedenfalls können wir nicht warten, bis das Referat und Korreferat hierüber auf dem Verbandstag gehalten wird, sondern es ist vorher notwendig, sich darüber in unserer Presse zu äußern. Ich für meinen Teil habe die Auffassung, daß wir überall dort, wo eben möglich, versuchen müssen, Tarife abzuschließen, weil wir dadurch in der Lage sind, den Kollegen bessere und haltbarere Zustände zu schaffen, vorausgesetzt, daß die Kollegen während der Vertragsdauer nicht schlafen, sondern unermüdet am Ausbau unseres Verbandes tätig sind, also jederzeit auf dem Posten und zum Kampf bereit dastehen. Daß diese Verträge aber in ganz Deutschland auf einen Tag ablaufen sollen, dafür wäre ich allerdings nicht zu haben. Wenn mir auch schließlich entgegengehalten werden wird, daß wir dann eventuell 2 bis 3 Jahre Ruhe hätten, mir uns Munition verschaffen könnten usw., so glaube ich aber, gerade dadurch würden wir in eine zu große Ruhe versetzt werden, und dieses könnte ich im Interesse des Verbandes nicht befürworten. Weiter kommt in Betracht, daß alle abzuschließenden Verträge zur Genehmigung den beiderseitigen Zentralvorständen, zuletzt aber noch den Verbandstagen vorgelegt werden müssen. Und diese Frage bedarf ebenfalls einer gründlichen Aussprache. Jedenfalls können wir bisher in dieser Frage mit unserer obersten Verbandsleitung zufrieden sein und daher auf dem Verbandstag dazu übergehen, unserem Vorstand den weitesten Spielraum dazu zu gewähren.

Nun zur Frage der Unterstützungseinrichtungen. Eine Erweiterung dieser Einrichtungen wurde auf allen Gantagen abgelehnt, ebenso eine Einführung von Staffelleistungen. Wenn nach den bisherigen Erfahrungen eine Erhöhung der Unterstützung nicht gewährt werden kann, so wäre es doch endlich an der Zeit, die so oft gestellten Anträge betreffs der Karenzzeit zu berücksichtigen. Ich will die sieben-tägige Anfangskarenzzeit nicht abschaffen, aber man soll dazu übergehen, den vierwöchigen Zeitraum zu streichen, und zwar sowohl bei Arbeitslosigkeit, als auch bei Krankheit. In verschiedenen Organisationen ist die sieben-tägige Karenzzeit nur einmal innerhalb 12 Monate durchzuführen, und glaube ich, daß dieses auch bei uns durchgeführt werden könnte, zumal dem Verband dadurch gar kein Schaden erwächst. Die Unterstützung hat eine Höchstgrenze, und ob nun der Höchstbetrag 8 oder 14 Tage später bezahlt wird, ändert an dem Ganzen gar nichts, es muß ja sowieso dann wieder ein Jahr bezahlt werden, bevor neue Unterstützung erhoben werden kann. Betreffs der Staffelleistungen bin ich der Ansicht, daß es ganz gut und leicht möglich wäre, wenigstens zwei Klassen einzuführen, und zwar trete ich aus folgenden Gründen dafür ein. Alle größeren Zahlstellen haben hohe Beiträge, bezahlen meist hohe Unterstützung, und jeder Kollege, der dort in Arbeit tritt, ist verpflichtet, diese Beiträge zu zahlen. Er erhält aber in der Regel nichts davon, und es hat sich in letzter Zeit unter vielen Kollegen ein berechtigter Unmut dagegen geltend gemacht. Ein Gegenseitigkeitsverhältnis läßt sich ohne ganz enorme Schwierigkeiten nicht einführen; auch wird es ohne Mitwirkung der Zentrallleitung nicht durchgeführt werden können, und dieser Grund schon muß als stichhaltig anerkannt werden. Weiter kommen in einzelnen Zahlstellen Branchen in Frage, die absolut nicht in der Lage sind, die hohen Beiträge leisten zu können. Ferner würde den auf allen Verbandstagen immer wiederkehrenden Anträgen betreffs Freilassung oder Herabsetzung der Beiträge für alte oder invalide Kollegen ebenfalls Rechnung getragen werden. Die Einführung der Staffelleistungen ist allerdings ein wenig schwierig, aber ich finde, daß durch deren Einführung einheitliche Unterstützungssätze für alle Kollegen geschaffen werden könnten. Ich möchte dazu empfehlen, den jetzigen Beitrag von 50 Pf. als erste Klasse und einen solchen von 75 Pf. als zweite Klasse einzuführen, dafür dann für die Kollegen in der zweiten Klasse eine der jetzt schon in einer Anzahl Zahlstellen eingeführten entsprechenden Krankenunterstützung zu gewähren, und zwar so, daß der niedrigste Satz 9 Mk., der höchste 12 Mk. wöchentlich beträgt auf die Dauer von 26 Wochen vom zweiten Tage der Erwerbsunfähigkeit an gerechnet. In Nummer 8 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom Jahre 1906 habe ich das für und Wider in ausführlicher und zahlenmäßiger Weise erörtert, und glaube ich deshalb hier darauf verzichten zu können. Wenn ich allerdings heute 5 Pf. mehr empfehle, so nicht deshalb, weil ich mit 70 Pf. nicht auskommen läßt, sondern deshalb, damit der Verband in allen Zeiten bereit ist, allen Anforderungen zu genügen. Zweifelloso wäre durch die Annahme der Staffelleistungen einem großen Bedürfnis entsprochen, viele Unannehmlichkeiten würden beseitigt, und möchte ich alle Kollegen im Reichte auffordern, sich zu dieser Angelegenheit zu äußern, damit auf dem Verbandstag die Delegierten in der Lage sind, die richtigen Schlüsse ziehen zu können.

H. Schmidt-Gölln.

Unter den Anträgen des Vorstandes zum diesjährigen Verbandstag sind einige, welche ich für die Holzarbeiterbewegung als hemmend erachte. So kann ich den Zusatzantrag zu § 14 nicht gutheißen. Warum sollen denn unsere jungen Kollegen, welche am Orte verbleiben, bei einer eventuellen Arbeitslosigkeit erst nach 52 geleisteten Wochenbeiträgen unterstützt werden? Durch diese Zurücksetzung vor den reisenden Kollegen würde in den kleineren Zahlstellen wohl Zustimmung hervorgerufen werden. Da hier die Unterstützungsarbeit nicht so intensiv ist wie in den größeren Zahlstellen, und die Statuten von diesen Kollegen nicht entsprechend beachtet werden, so ist ein Konflikt bei einer eventuellen Arbeitslosigkeit mit dem Kassierer unvermeidlich, wodurch wir mit großen Abmeldungen zu rechnen hätten. Da es doch unser Ziel ist, die Jugend für uns zu erhalten, ist es

angebracht, diesen Antrag abzulehnen und den § 14 in seiner ursprünglichen Gestalt zu erhalten. Nun zu dem § 77. Anstatt der bisherigen 20 Prozent sollen nur 10 Prozent zur Bekleidung der Lokalgeschäfte verwendet werden. Diese neue Änderung ist wohl in den großen Zahlstellen angebracht, wo es den Mitgliedern durch höhere Löhne ermöglicht ist, einen größeren Lokalbeitrag zu entrichten, um die Kasse im Gleichgewicht zu erhalten. In den kleineren Zahlstellen sieht es aber anders aus. Hier ist im höchsten Fall ein kleiner Kassenbestand anzutreffen, und ein großer Teil hat noch keine Lokalaufschläge. Es weiß wohl jeder, daß bei 80 bis 85 Pf. Stundenlohn und Familie unsere Kollegen nicht in der Lage sind, neben dem wöchentlichen Verbandsbeitrag noch einen höheren Lokalbeitrag zu entrichten, um die Ausgaben zu decken. Ist der Vorstand vielleicht der Meinung, daß er durch indirekte Beiträge seine Kasse über Wasser halten kann, so schwächt er damit nur die kleineren Zahlstellen, welche durch ungenügende Geldmittel gezwungen sind, die Agitation einzustellen. Dieser Sprung von 20 auf 10 Prozent ist wohl ein zu hoher. Es würden auch wohl 5 Prozent hinreichen, um die laufenden Ausgaben zu decken. Da hierdurch wohl allen beiden geholfen sein wird, möchte ich die Kollegen ersuchen, auf dem Verbandstag sowohl für die Erhaltung des § 14 als auch für die Durchführung einer 15prozentigen Lokalaufnahme zu sorgen.

Hermann Rinne-Wischerleben.

Das war kein Helbenstück, Oktavio! — So muß ich dem Hauptvorstand zuzufügen ob seiner Anträge zum Verbandstag. Ich darf wohl sagen, daß mit einiger Spannung allgemein auf die Anträge des Vorstandes gewartet wurde. Der Vorstand, der ja mit Recht so oft betont, daß er die jeweiligen Situationen viel besser zu überschauen vermöge als die Kollegen in den einzelnen Orten, kommt mit einer Reihe von Anträgen meist formaler Natur. Und das in einer Zeit, wo es doch eigentlich Wichtigeres zu tun gäbe! — Rings im Lande ein gewisses Stagnieren in der Entwicklung des Verbandes und — Kampf mit den Arbeitgebern. — Kein Antrag auf Ausbau des Verbandes — kein Antrag auf materielle Kräftigung. Doch gemacht! Derselbe Vorstand, der überall das Bestreben vieler Kollegen — welches dahin ging, mehr Finanzen und damit die größere Widerstandskraft beziehungsweise Leistungsfähigkeit des Verbandes herbeizuführen — mit seinen Erklärungen erstickt hat, versucht auf Umwegen jetzt materielle Vorteile für die Hauptkasse herauszuschlagen! — Erhöhung der Beiträge? „Nur das nicht, das würde uns nur schädigen“, so die Auffassung des Vorstandes. Aber worauf läuft der Antrag, den Lokalkassen für die Zukunft nur noch 10 Prozent zu belassen, hinaus? Auf Erhöhung der Beiträge! Bisher behielten die Zahlstellen am Orte 10 Pf. pro Marke; der Antrag will, daß es nur noch 5 Pf. sein sollen. Die Zahlstellen brauchen aber fast allgemein mehr, als sie durch die Prozente heute einnehmen. Unsere Zahlstelle nahm beispielsweise im Jahre 1907 an Prozenten 5105,35 Mk. ein, dem eine Ausgabe der Lokalkasse von 6802,68 Mk. gegenüberstand. Selbst wenn wir die 1500 Mk., welche wir der Hauptkasse zu Kampfwzwecken überwiesen, abziehen, bleibt immer noch ein Manko von etwa 200 Mk.! Nun arbeiten wir hier insofern billig, als wir trotz unserer 1060 Mitglieder keinen Beamten haben. In fast allen Zahlstellen, die halbwegs etwas leisten, dürften die Dinge ähnlich, ja vielfach noch begünstigter des Mankos schlimmer liegen. Daher müßten ja überall Lokalbeiträge eingeführt werden, und ich glaube nicht zum Schaden des Verbandes. Jetzt sagt nun der Vorstand: Wir nehmen auch die Hälfte eurer Einnahmen, soweit die Prozente in Frage stehen! Was ist die Folge? Die meisten Orte müssen dazu übergehen, ihre Lokalbeiträge zu erhöhen, wenn sie nicht Schiffbruch leiden wollen. Im Effekt also eine Beitragserhöhung! Nur mit dem Unterschied, daß sie auf indirektem Wege herbeigeführt wird. — Das mag jetzt diplomatisch ausgeklügelt sein — aber ich glaube, es fällt niemand auf diesen Plan herein. Ich bin überzeugt, daß die Verbandskasse die circa 800 000 Mk. betragenden Mehreinnahmen sehr gut gebrauchen kann und — muß. Aber was ist denn die Aufgabe des Vorstandes so wenig? Wir müssen den Beitrag mindestens um 5 Pf. erhöhen? — So nimmt er lieber von den Prozenten diese 5 Pf. — sonst bekäme er nur 4 Pf. — und überläßt es den Zahlstellen, das Defizit zu decken! — Nun wird vielleicht gesagt, daß die kleinen Zahlstellen so durch diese Art Beitrags-erhöhung nicht getroffen würden. Das Gegenteil ist richtig. Gerade jetzt werden auch diese gezwungen, Lokalbeiträge einzuführen, und alle übrigen Zahlstellen müssen die Ortsaufschläge erhöhen. Die Sache verläuft also folgendermaßen: Eine generelle Erhöhung der Verbandsbeiträge tritt nicht ein, der Hauptvorstand hält das nicht für opportun; in fast allen Orten muß aber, soll nicht der gesamte Verband leiden, eine Erhöhung der Beiträge herbeigeführt werden, um den Ausfall zu decken. Die Ortsverwaltungen mögen sehen, wie sie das fertig bekommen. — Gerade so wird aber bei einer örtlichen Regelung die Agitation erschwert und kleinlichen Auffassungen Tür und Tor geöffnet. Begierig bin ich, die Begründung zu hören, hoffe ich doch, daß einmütig dieses Verfahren zurückgewiesen wird. — Dann klingt ja noch aus verschiedenen Anträgen die Absicht hervor, den Zahlstellen möglichst die Bewegungsfreiheit zu rauben. Doch darüber vielleicht später.

Eine Anregung möchte ich aber hier dem Vorstand geben: Wäre es nicht praktisch, daß die sogenannte „Antrags- und Statutenkommission“ vor dem Verbandstag zusammenträte? Sämtliche Delegierte zweier nebeneinander liegender Gant wählen einen Delegierten in diese Kommission auf Grund einer Liste, die den Delegierten zugestellt wird. Die so gewählte Kommission tritt mit Vertretern des Hauptvorstandes einige Tage vor dem Verbandstag zusammen und berät die entscheidenden Anträge. Ähnlich machten es die Metallarbeiter. Ich glaube, es würde Zeit gespart und vor allem könnten sämtliche Delegierte stets an den Verhandlungen des Verbandstages dadurch teilnehmen.

G. Schreck-Bielefeld.

Kollegen! Zahlt pünktlich eure Beiträge! Pünktliche Beitragszahlung erleichtert die Mitgliedschaft im Deutschen Holzarbeiterverband.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags erteilt, und zwar ab 1. April: Angermünde 10 Pf., Balingen 5 Pf., Beuel 15 Pf., Erftner 15 Pf., Frankenberg 5 Pf., Leer 5 Pf., Nördlingen 5 Pf., Weisau 10 Pf.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 112 August Kuhl, Tischler, geb. 29. 11. 70 zu Darfellen.
 - 3200 Rudolf Buchholz, Klavierarbeiter, geb. 23. 2. 52 zu Slowomo.
 - 10215 Ernst Heinrich, Tischler, geb. 31. 10. 75 zu Guben.
 - 186323 Anton Steffes, Tischler, geb. 26. 11. 79 zu Coblenz.
 - 208785 Karl Daum, Modelltischler, geb. 11. 8. 79 zu Erfurt.
 - 225950 Karl Werner, Polierer, geb. 8. 4. 81 zu Berlin.
 - 274260 August Kachner, Stellm., geb. 29. 1. 85 zu Glaucha.
 - 301162 Ernst Radon, Tischler, geb. 1. 11. 79 zu Kroschnitz.
 - 306695 Heinr. Göhling, Tischler, geb. 15. 11. 85 zu Herford.
 - 314511 Johann Lehner, Tischler, geb. 23. 10. 79 zu Branitz.
 - 322045 Gottfr. Specht, Tischler, geb. 30. 4. 59 zu Westhausen.
 - 342149 Franz Rupp, Vergolder, geb. 4. 2. 74 zu Neu-Ulm.
 - 342152 Rudolf Stehle, Vergolder, geb. 26. 1. 83 zu Neu-Ulm.
 - 342168 Kaver Ortner, Vergolder, geb. 16. 8. 84 zu Windorf.
 - 353659 Karl Schlef, Tischler, geb. 12. 12. 88 zu Böhne.
 - 356661 Friedr. Bergmann, Tischler, geb. 24. 10. 86 zu Soyra.
 - 359214 Otto Böhle, Maschinenarbeiter, geb. 26. 1. 79 zu Wendisch-Buchholz.
 - 359846 Aug. Galle, Maschinenarb., geb. 6. 1. 71 zu Berlin.
 - 372077 Otto Jentsch, Tischler, geb. 22. 8. 83 zu Dahme.
 - 379367 R. B. Baumann, Maschinenarbeiter, geb. 19. 11. 82 zu Hautentrang.
 - 382274 Wilh. Harow, Modelltischler, geb. 8. 11. 88 zu Berlin.
- Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorsitz.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau Berlin. Die Adresse des Gauvorstandes ist jetzt Franz Stufche, Berlin SO, Engel-Ufer 15, Eingang B, Zimmer 41. Geldsendungen sind nur an den Gauassessor Richard Leopold, Berlin SO, Engel-Ufer 15, Eingang B, Zimmer 5, zu adressieren.

Korrespondenzen.

Baden-Baden. Die Christlichen entfalten zurzeit in der hiesigen Gegend eine große Agitation. So fand am 15. März eine Holzhauserversammlung in Bichtenthal statt. Als Referent trat der bekannte Arbeiterssekretär Exremmel aus Mannheim auf. In dieser Versammlung schwindelte der christliche Führer den anwesenden Holzhauser vor, daß sie im christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverband bei einem Wochenbeitrag von 80 Pf. eine Arbeitslosumunterstützung von 12 bis 15 Mk. pro Woche bekämen. In Wirklichkeit beträgt die betreffende Unterstützung im ersten Jahre 4,80 Mk. und der Höchstlohn 9 Mk. pro Woche. Als ein anwesender Kollege sich meldete, wurde ihm das Wort nicht erteilt, da er kein Holzhauser sei. Auf diese Weise sucht man zu verhindern, daß die Anwesenden die Geldentaten der Christlichen zu hören bekommen. Am Sonntag den 22. März fand eine öffentliche Versammlung der christlichen Gewerkschaften von Dos statt, wo Herr Bacher als Referent auftrat. Hierzu ist zu bemerken, daß in Dos überhaupt keine christliche Gewerkschaft besteht. Ein anwesender Kollege hielt den christlichen Herren ihre Schandtaten und ihren Verrat vor, den sie an der Arbeiterschaft treiben, was dem Herrn Pfarrer in seiner Rede nicht recht behagte. In bezug auf den Solttarif führte Herr Bacher aus, daß derselbe für die Kleinlandwirtschaft, sowie für die ganze Industrieentwicklung von Vorteil sei, aber sich erst bemerkbar mache in den kommenden Jahren! Seht an die Arbeit, unsere Parole ist: Aufklärung, agitieren und organisieren.

Berlin. (Stellmacher.) Der in dem letzten Jahr sich so sehr fühlbar machende Rückgang in der Automobilindustrie scheint für die Arbeitgeber unserer Branche die Veranlassung zu sein, durch Herabdrückung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihr Mühen zu fühlen. In der Lech-Karosseriefabrik (Droschken) Gründer wurde den Kastentischen zugemutet, die Modelle umsonst anzufertigen. Das Werkzeug befindet sich, da durch die jahrelange Abnutzung desselben fast gar keine Erneuerung stattgefunden hat, besonders bei den Reparaturstellmachern in einem miserablen Zustande. Die Kleiderstände und Waschvorrichtung ließen ebenfalls zu wünschen übrig. Auch die bei dem letzten Streik von Herrn Gründer unterschriebene Bedingung, die Arbeitskräfte nur vom paritätischen Arbeitsnachweis in der Gormannstraße zu beziehen, wurde ebenfalls durchbrochen, indem Gründer den christlichen Arbeitsnachweis benutzte. Da von den 20 Kollegen nur einer unorganisiert und einer christlich organisiert war, war es selbstverständlich, daß die Kollegen dagegen vorstellig wurden. Gründer pochte in einer recht höhnischen Weise auf seinen Geldbeutel, es war unmöglich, selbst unter Heranziehung der Ortsverwaltung mit ihm zu verhandeln. Es traten darauf sämtliche Kollegen einmütig in den Streik. Nach 1/2-tägigem Streik erklärte Herr Gründer, daß die Modelle von jetzt an der Werkmeister anfertigen werde. Für jede Bank wird ein Spind gebaut. Die Waschvorrichtung, welche sich schon lange auf dem Hof herumgetrieben hat, wird ebenfalls angebracht. Außerdem verpflichtete er sich, durch Umschauen keinen einzustellen; aber die Benutzung des christlichen Nachweises müsse ihm zugestanden werden. Bei den Verhandlungen war ein Vertreter des Christlichen Solzarbeiterverbandes zugegen. In der Werkstatt ließ derselbe durchblicken, daß wenn die Einigung an der Nachweisfrage scheitern sollte, für ihn die Differenzen als erledigt gelten, sie also ohne weiteres den Betrieb besetzen würden. Trotzdem darauf hingewiesen wurde, daß auf dem paritätischen Nachweis die Christlichen ebenso nach der Reihe vermittelt werden, blieb der Vertreter bei seiner Erklärung. In Anbetracht der jetzigen Situation nahmen die

Kollegen die Arbeit wieder auf. Drei Kollegen, deren Wiedereinstellung der Arbeitgeber ablehnte, und welche auch darauf verzichteten, wurden als gemahregelt übernommen. Herr Gründer, welcher im „Effenen Arbeitsmarkt“ tüchtige Kastenmacher und Helfer sucht, umgeht jetzt sein Versprechen dadurch, daß er Stellmacher, welche umschauen können, einstellt. Er verlangt von ihnen, daß sie nach dem Christlichen Solzarbeiterverband gehen und sich dort von demselben aufnehmen lassen; es koste 1 Mk. 80 Pf.; denn sonst könne er sie nicht einstellen. Auf diese Art sind 5 Stellmacher eingestellt worden. Einer davon ist ein halbes Jahr organisiert, die anderen sind erst frisch eingetreten. Wenn man sich vergewissert, daß der Arbeitgeber sich eine wehrlose Arbeitererschaft, die sich durch die Art ihrer Organisation kennzeichnet und welche noch keine Unterstützungsansprüche haben, heranzuziehen sucht, so wird es klar, was für eine traurige Rolle der Christliche Solzarbeiterverband dabei spielt. In Berlin bestehen die besten Lohn- und Arbeitsbedingungen für Stellmacher. Durch den fortwährenden Zuzug nach hier sind Arbeitskräfte genügend vorhanden zur Besetzung der frei werdenden Stellen. Es ist dringend zu wünschen, daß die Kollegen, ehe sie sich auf Annoncen im „Effenen Arbeitsmarkt“ um Stellung bemühen, erst eine Anfrage an die Ortsverwaltung richten, ob dort Differenzen bestehen. Durch vieles Schreiben wird dem Arbeitgeber erst recht in solcher Situation der Rücken gesteuert. Viel wichtiger wäre es auch für Berlin, wenn die Kollegen in den einzelnen Orten für eine gute Organisation sorgen würden, welche es ihnen ermöglichen, den in Berlin bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen möglichst nahe zu kommen. Die Automobilfabriken bekommen außerhalb die Karosserien bedeutend billiger hergestellt, und werden deshalb in Berlin immer weniger davon in Auftrag gegeben. Außerdem liegt die Bauindustrie in Berlin ganz gewaltig daneben, was nicht nur seinen Grund in der Ausperrung, sondern auch in der jetzigen Krisis hat. Es sind dadurch die Kollegen, welche auf Treppengeländer arbeiten, größtenteils arbeitslos. Gegen das vorige Jahr im Juni sind 250 Kollegen weniger beschäftigt. In einer der letzten Branchensammlungen wurde es von den Kollegen bedauert, daß man sich in den kleinen Zahlstellen zu wenig um die Stellmacher kümmert. Wo Tischler beschäftigt sind, sind auch Stellmacher am Ort. Eine große Anzahl von Kollegen ist noch auf Dörfern und Gütern beschäftigt. Die Organisation dieser Kollegen ist eine der wichtigsten Fragen für die Stellmacher. Werden doch durch den Zuzug dieser Kollegen sehr leicht die Errungenschaften wieder rückgängig gemacht. Von circa 50000 Stellmachern sind erst 5000 organisiert. Wo mehr Agitation.

Dargun i. Mecklenb. Schon mehrmals ist von der Zahlstelle Malchin aus der Versuch gemacht worden, die Kollegen der hiesigen Bürstenbühlerei für unsere Organisation zu gewinnen, bisher aber leider mit sehr geringem Erfolg. Am 8. März waren zwei Kollegen hier zur Hausagitation, nachmittags sollte Versammlung stattfinden, wozu sämtliche Kollegen eingeladen waren und ihr Erscheinen in Aussicht gestellt hatten. Erschienen sind aber nur vier Kollegen. Von diesen ließen sich dann auch drei Kollegen aufnehmen. Dem geäußerten Wunsch entsprechend fand 14 Tage später eine öffentliche Holzhauserversammlung statt, in welcher Kollege Kühn aus Postock über den Kampf der Holzhauser auf wirtschaftlichem Gebiet referierte. Leider war auch diese Versammlung sehr schwach besucht, aber von zwölf anwesenden ließen sich dann noch drei Kollegen aufnehmen, so daß wir jetzt im ganzen sechs Kollegen von 50 am Orte beschäftigten für unsere Organisation gewonnen haben; wir würden aber weder Arbeit noch Mühe scheuen, um auch die übrigen zu gewinnen. Kollegen von Dargun, zieht endlich mal die Schlafmützen von den Ohren und erwacht aus eurem Winterschlaf. Es herrscht doch Zustand bei euch, die bringen einer Änderung bedürfen. Mit 12 bis 15 Mk. Lohn pro Woche könnt ihr doch keine Familie anständig ernähren. Während euer Arbeitgeber in einer schönen Villa wohnt, müßt ihr mit Stall- und Giebelwohnungen vorlieb nehmen. Solange ihr nicht den Wert der Organisation erkannt habt, wird es auch nicht besser werden, im Gegenteil, der Zustand wird noch schlimmer auf die Länge. Er weiß ganz genau, daß ihr keine Organisation angeht und euch deshalb alles gefallen lassen müßt. Das kann und muß aber anders werden, deshalb, Kollegen, tretet Mann für Mann in unsere Reihen ein, werdet Mitglieder des Deutschen Solzarbeiterverbandes.

Duisburg. Eine recht ungünstige Ausnahmestellung unter den hiesigen Bauarbeitern nehmen die bei Gebrüder Klefer beschäftigten Kollegen ein. Weder bei Lohn noch Akkordarbeit bestehen feste Sätze, die Bezahlung erfolgt nach dem Ermessen der Meister. Zuschläge bei Arbeiten außerhalb der Werkstatt, sowie nach Feierabend werden nur in den seltensten Fällen gewährt. Rechte gibt es für die Arbeiter dieses Betriebs nicht, aber — Wohltaten — Wertwohnungen, Fabrikantentasse und Geschenke zu Weihnachten und bei anderen Anlässen. Die Verteilung der Geschenke erfolgt aber keineswegs nach den Grundsätzen des Paritätischen Arbeiter-Spiegels, sondern nach Günst. Wurde doch ein Kollege, einem Indifferenten, der wochenlang vom Meister faul und nachlässig gescholten wurde, die Weihnachtsgabe mit dem Bemerkten ausgehändigt: „Sie bekommen das Weihnachtsgeschenk nicht für ihre Tüchtigkeit, sondern für ihre gute Gesinnung!“ Auch den auf auswärtigen Neubauten beschäftigten Anschlägern gegenüber zeigt sich diese Willkür in Wohlwollen. Damit diese Kollegen nicht gezwungen sind, in teuren Gasthöfen zu wohnen, werden auf den zum Teil unverputzten Neubauten Schlafkammern eingerichtet, allerdings nicht umsonst, aber mit 15 bis 30 Pf. pro Tag gibt sich der Polier schon zufrieden. Diese Einrichtung ist nicht nur billig, sondern auch bequem, können doch die Arbeiter von Sonnenaufgang bis zum Eintritt der Dunkelheit den Profit der Firma mehren. Es würde zu weit führen, all die Mißstände in diesem Mutterbetrieb hier zu schildern, es genügt die Hervorhebung der Tatsache, daß seit der ungünstig verlaufenen Lohnbewegung im Jahre 1905 nur wenige von den dort beschäftigten Holzarbeitern den Anschluss an die Organisation bewirkt haben. Der Egoismus eines großen Teiles der Kollegen ist schuld an den geradezu unmöglichen Verhältnissen. Die diesjährige Bauarbeiterbewegung wird aber noch manchen Kollegen zum Bewußtsein bringen, wie groß die Kluft zwischen Arbeiter und Unternehmer ist. Schon jetzt wurden in den Betrieben, wo die Organisation schwach

ist, die organisierten Kollegen entlassen, um mit den Unorganisierten die 10stündige Arbeitszeit und niedrigen Lohn für längere Zeit vertraglich festlegen zu können. Von den organisierten Kollegen erwarten wir aber, daß sie keine Minute veräumen, um auf die uns noch fernstehenden Kollegen einzuwirken.

Gaynan. Ein Schmerzenskind der Gaynauer Holzarbeiter ist die am 1. Januar 1907 gegründete Modellindustrie, jetzige Möbelfabrik von Leder & Beltrauch. In diesem Betrieb ist es seit Bestehen überhaupt nicht zu einem gebräuchlichen Verhältnis gekommen. Vor allen Dingen fehlt es an einer fachmännischen Kraft, und kommen dieserhalb in bezug auf Akkordpreisfestsetzungen recht oft unangenehme Nebenheiten vor. So ist es vor kurzem vorgekommen, daß ein Kollege mit sage und schreibe 9 Mk. Wochenlohn nach Hause gehen mußte, und dieses bei den teuren Lebensverhältnissen. Des weiteren mangelt es an dem nötigen Material zum Weiterarbeiten. Es ist doch ganz selbstverständlich, wenn man im Akkord arbeitet, daß man auch regelmäßig weiterarbeiten kann, und nicht heute dieses, morgen jenes Stück bekommt. Weiter fehlt es auch an dem nötigen Werkzeug. Alles in allem dürfte es wohl eine Mahnung an die auswärtigen Kollegen sein, diese Bude nicht zu sehr zu überlaufen, bevor nicht bessere Verhältnisse Platz gegriffen haben. Den Arbeitern aber rufen wir bei dieser Gelegenheit zu: Tretet alle Mann ein in die Reihen eurer gewerkschaftlich organisierten Kollegen, denn nur durch die Organisation sind wir imstande, bessere Verhältnisse zu schaffen. Also nochmals: Hinein in den Deutschen Holzarbeiterverband.

Kaltennordheim. Ein überaus schwieriges Agitationsfeld ist das Eisenacher Oberland. Jeder Fuß breit Terrain muß dort in hartem Kampfe abgerungen werden. So oft man es auch unternahm, Organisationen zu gründen, immer war schon nach wenigen Wochen das Band wieder zerissen, immer mußte wieder von vorne angefangen werden, und stets mit dem gleichen Erfolg. Im Auftrag des Gauvorstandes in Erfurt fand vom 9. März ab eine umfassende Agitation hier statt. In Kaltennordheim sind zwei Holzwarenfabriken, wovon die eine etwa 80, die andere 25 Mann beschäftigt. Die Arbeiter rekrutieren sich zu einem großen Teil aus den umliegenden Dörfern und besitzt fast jeder ein Stückchen Feld. Sie betrachten die Arbeit in der Fabrik als hübschen Nebenverdienst und glauben deshalb nicht notwendig zu haben, sich zu organisieren. Diese Kollegen scheinen gar keinen Begriff davon zu haben, wie schwer diejenigen zu kämpfen haben, welche nur von ihrem Lohn leben müssen, denn sonst müßten schon längst bessere Verhältnisse geschaffen sein. Aber auch die anderen, die „Besitzlosen“, sollten sich in erster Linie einmal ernstlich die Frage vorlegen: Verschüden wir uns nicht an uns selbst, wenn wir die helfende Hand der Organisation von uns weisen? Was haben denn wir zu riskieren? — Am 11. März war es gelungen, 13 Kollegen zu einer Besprechung zusammenzubekommen; einige Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. Am schwierigsten ist die Organisationsarbeit in der Fabrik von Holsch. Die Kollegen franten noch an den Folgen eines vor zwei Jahren inszenierten „wilden“ Streiks, bedenken dabei aber nicht, wie ganz anders alles sein könnte, wenn eine starke Organisation hinter ihnen stände. Am 15. März sollte wieder unter Beteiligung einer größeren Anzahl von Kollegen eine Besprechung stattfinden; von der Einberufung einer öffentlichen Versammlung war aus gewissen Gründen abgesehen worden. Die Unternehmer hatten aber doch Wind bekommen. Am 14. März früh erschien in allen beiden Betrieben der Herr Ortsgewaltige, Bürgermeister Helmbold, ließ alle Leute zusammenrufen und hielt im Stile eines Leiters von Kontrollversammlungen eine Standrede, die auf den Ton gestimmt war: Laßt euch nicht von den fremden Agitatoren verhegen, ihr seid verheiratet und habt euer schönes Auskommen. Der Verband nützt euch nichts usw. Wenn noch der Beweis zu erbringen gewesen wäre, daß die Behörden dazu da seien, die Geschäfte des Unternehmertums zu besorgen, Herr Bürgermeister Helmbold hätte ihn erbracht. — Wenn man auch mit dem Resultat der Agitation hier keineswegs zufrieden sein kann, so ist doch der Anfang gemacht, es ist ein Stamm organisierter Kollegen vorhanden, und wenn rüstig weitergearbeitet wird, werden wir hier trotz Unternehmer und trotz Bürgermeister in nicht allzu ferner Zeit eine Zahlstelle gründen. Noch viel schwieriger ist die Agitation unter den Korzarbeitern in Dermbach und Umgebung. Dermbach besitzt eine bedeutende Korblindustrie. Es sind zwei Betriebe mit je annähernd 70 Personen vorhanden, außerdem noch eine ganze Anzahl kleine Betriebe bis zu 15 Personen. Zahlreiche Familien in den umliegenden Dörfern und auch in Dermbach finden ihren Lebensunterhalt durch Heimarbeiter; daß die Wohnungsverhältnisse die denkbar schlechtesten sind und der Verdienst gerade lang, um das nackte Leben zu fristen zu können, davon haben wir uns überzeugen können. Ein Heimarbeiter versicherte uns, daß er bei angestrengter täglicher 13stündiger Arbeitszeit kaum 2,50 Mk. pro Tag verdiente. Die Arbeiter in den Fabriken verdienen im Durchschnitt 15 Mk. pro Woche. — In Dermbach und Umgebung ist es für die Partei sowohl wie auch für uns unumgänglich, auch nur zu einer Besprechung ein Zimmer zu bekommen. Die Pfaffen, geschickte sowie geschovene, sind hier noch unbeschränkte Herrscher. Die Christlichen haben im vorigen Jahre eine öffentliche Versammlung gehabt, auch ein Dutzend Kollegen ausgenommen, aber schon nach ein paar Tagen haben alle ihre Bücher wieder abgeteilt. Den Christen stehen Säle zur Verfügung, uns nicht einmal ein kleines Zimmer zu einer Besprechung. Zudem wir unsere Flugblätter an den Mann brachten, hatten wir einen bekannten Heimarbeiter beauftragt, die Kollegen in eine Wirtschaft einzuladen. Gefolgt war der Einladung ein einziger Kollege. In Dermbach haben wir leider einen direkten Erfolg noch nicht zu verzeichnen, aber wir haben Fühlung genommen, Bekanntschaften gemacht, und es wird auch mit der Zeit hier gelingen, Fuß zu fassen. Wenn die Kollegen in Kaltennordheim an dem begonnenen Werk rüstig weiterbauen und den Launen und Jaghaften zeigen, daß es auch hier vorwärts geht, dann wird es schon in den nächsten Wochen gelingen, hier eine Zahlstelle zu gründen. k. s.

Remgo. (Stellmacher.) Wir ersuchen die durchreisenden Kollegen, das Umschauen in den hiesigen Buden zu unterlassen. Viele junge Kollegen reifen nach Remgo, um sich

hier im Kastenbau auszubilden; es wird ihnen auch treu von den Unternehmern versprochen, hier werden sie was lernen, damit sich die Leute mit einem geringen Lohn abfinden lassen. Die Kollegen sind aber gar zu oft sehr geduldsam, denn das Kastenmachen wird auf die lange Bank geschoben, und es heißt Deichsel und Ruder machen und alte Wagen flicken, denn die neue Arbeit wird von den älteren Kollegen gemacht. Es hält sehr schwer, hier eine feste Organisation zu schaffen, und doch wäre es so nötig. Löhne von 16 bis 18 Mk. sind hier am häufigsten, wofür dann aber 63 bis 66 Stunden geschraubt werden muß. Verheiratete Kastenmacher werden mit 19 Mk. nach Hause geschickt bei den heutigen teuren Zeiten. Aber trotzdem können es die älteren Kollegen nicht begreifen, was zu tun ist; sie halten es nicht für nötig, sich zu organisieren. Da die Fabrikanten so billige Leuten haben, ist es ihnen leicht, die Wagen zu Schleuderpreisen zu verkaufen; aber den Arbeitern ist es schwer, mit den paar Groschen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Um uns unser Streben nicht noch zu erschweren, bitten wir die Kollegen, die beabsichtigen, hier in Arbeit zu treten, sich erst bei der Lokalverwaltung zu erkundigen. Unser Verkehrslokal ist bei G. Lübbe, Breitenstraße.

Neußädte. In der am 21. März abgehaltenen Mitgliederversammlung erstattete Kollege Köffel Bericht von der Gaukonferenz. Von der Aufstellung eines Kandidaten zum Verbandstag beziehungsweise Gewerkschaftskongress wurde Abstand genommen, dagegen wurde beschlossen, einige Anträge an dem Verbandstag zu stellen. Das Verhalten der Kollegen unserer Zahlstelle gibt in letzter Zeit sehr viel Anlaß zur Kritik. Man sollte doch meinen, daß die Arbeiter eine ganz andere Energie für die Verbesserung ihrer Verhältnisse zeigen sollten. Die Firma Lötger scheint die Ineresselosigkeit der Kollegen auszunutzen zu wollen. Hat sie doch in letzter Zeit eine Bekanntmachung erlassen, daß ihre ledigen Arbeiter nicht über 15 Mk. und die verheirateten nicht über 18 Mk. verdienen dürfen. Die Firma will ihr Vorgehen mit dem schlechten Geschäftsgang entschuldigen, was aber von den Arbeitern nicht anerkannt wird, da Arbeit genügend vorhanden ist. Wenn der Arbeitsmangel in Wirklichkeit besteht, so wäre es unseres Erachtens das Nichtigere, die Arbeitszeit zu verkürzen und nicht bei voller Arbeitszeit den Lohn zu reduzieren. Die Kollegen dürften sich derartiges nicht bieten lassen in einer Zeit, wo die Lebensbedürfnisse eine unerschwingliche Höhe erreicht haben, und der Arbeiter nicht weiß, wie er seinen Hausstand recht aufrechterhalten soll. Kollegen, rafft euch auf, sorgt für einen besseren Besuch der Versammlungen und feuert die Säumigen an, sich mehr an den gewerkschaftlichen Bestrebungen zu betätigen. Vor allen Dingen lest aufmerksam eure Zeitung, denn nur dann werdet ihr vorwärts kommen, eure traurige Lage verbessern.

Mürnberg. (Wagner.) Seit der Konferenz der Stellmacher in Halle im Oktober 1905 ist im allgemeinen ein lebhaftes Vordrängestreiben zu bemerken. Anders liegen die Verhältnisse bei uns in Nürnberg. In der letzten Broschüre, welche von unserer Zentralkommission herausgegeben wurde, sind die Lohnverhältnisse in Nürnberg, in bezug auf die Zinnungsbetriebe, zu günstig gezeichnet; der Durchschnittslohn beträgt hier nur 21 Mk. Was die hiesigen Verhältnisse im allgemeinen anbelangt, so kommt zunächst eine Waggonfabrik in Frage, die Maschinenbau-Aktiengesellschaft, wo zirka 80 Wagner in Betracht kommen, welche sämtlich im Afford schuften. Die Affordpreise sind schon so weit heruntergedrückt, daß den Kollegen nichts übrig bleibt, als intensiv zu schuften; sie verdienen 30 bis 35 Mk. pro Woche. Zu bemerken ist noch, daß sie bereits alle organisiert sind. Bei der Firma Braun, Feuerlöschgerätefabrik, stehen die Löhne gegenwärtig auf 39 bis 50 Pf. pro Stunde. Unter 18 beschäftigten Kollegen sind leider nur zwei organisiert. Zu bemerken ist, daß es sich um lauter alte Leute handelt, die schon lange Jahre im Betrieb beschäftigt sind; die jetzigen Löhne haben sie nur den Metallarbeitern zu verdanken. Auch bei den Zinnungsmeistern sind die Verhältnisse sehr schlecht, gibt es doch noch verschiedene Krautierer am Orte, die glauben, den Gehilfen einen Gefallen zu erweisen, wenn sie diese mit schlechter Kost und Logis und einem Lohn von 4 bis 5 Mk. abspalten. Es sind im ganzen 43 Kleinmeister am Orte, von welchen 21 in der Regel keinen Gehilfen beschäftigen. 22 Meister beschäftigen 47 Gehilfen, davon sind gegenwärtig 35 organisiert. Die Arbeitszeit beträgt in 10 Werkstätten 58 Stunden, in den übrigen wird 60 bis 67 Stunden gearbeitet. Die Löhne schwanken von 27 bis 50 Pf. pro Stunde. Wenn organisierte Kollegen von anderen Städten zugereist kommen, dann sehen sie sich genötigt, infolge der schlechten Verhältnisse in kurzer Zeit Nürnberg wieder zu verlassen; somit haben wir fortwährend mit den Kollegen vom flachen Lande zu rechnen, welche zum Teil schwer für die Organisation zu gewinnen sind und uns unsere Errungenschaften wieder illusorisch machen. Wir ermahnen nun alle unsere Kollegen, dafür zu sorgen, daß es auch uns möglich wird, unsere Verhältnisse den Lebensbedürfnissen entsprechend zu verbessern.

Ueddingen. Unsere Mitgliederversammlung am 15. März war leider schlecht besucht. Die Schuld liegt wohl daran, daß uns hier kein einziges Versammlungslokal zur Verfügung steht und wir immer in Krefeld tagen müssen. Kollege Salzbrunn gab den Bericht von der Gaukonferenz in Bochum. Beschlossen wurde, einen Kandidaten für die 70. Wahlteilung zum Verbandstag in Stettin aufzustellen, und wurde hierzu einstimmig Kollege Salzbrunn bestimmt. Der Geschäftsgang in der hiesigen Waggonfabrik, dem einzigen in Betracht kommenden Betrieb am Orte, ist im allgemeinen ein guter zu nennen. Aufgabe der Kollegen wird es sein, mehr als bisher die Versammlungen zu besuchen und mitzuarbeiten, nicht alles der Ortsverwaltung zu überlassen, dann wird es bei der kommenden Krise auch möglich sein, das einmal Errungene zu behaupten.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zugzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.

Zugzug ist fernzuhalten von:
Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Dannenberg a. Elbe (W. Ziesenis), Karlsruhe (Meinzer), Liegnitz (Gehrb), Reichenhausen, Schwedt an der Oder, Straubing, Zeitz (Steudef), Biel, Bern, Luzern und Zürich in der Schweiz;
Tischlern, Stuhlbauern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Lauterberg a. Harz;
Stellmachern nach Dresden (Wagenfabrik Diebcher);
Korbmachern nach Gisleben, Lübeck (Möhlert), Kopenhagen;
Pantinnennachern nach Belzig (Menzel), Wittstock (Faltenthal);
Werkstarbeitern nach Bremerhaven, Flensburg, Hamburg, Kiel, Lauenburg a. Elbe, Moskau, Stettin;
Sägern nach Kirchseeon in Oberbayern (Desloges) und Straubing;
Orgelbauern, Drechslern und Bildhauern nach Steinach am Brenner in Tirol;
Klaviermachern nach Liegnitz (Schneider).

In Wünde sind in der Kistenfabrik von Althage & Herbrechtsmayer Differenzen ausgebrochen. Zugzug ist fernzuhalten.

In Gisleben hat die Firma Otto Busch 3000 Geschöß-Lörbe (Drillinge) in Auftrag erhalten, welche sie für 2,50 Mark pro Stück anfertigen lassen will. Da die Zentralkommission mit den Unternehmern einen Arbeitslohn von 3 Mk. pro Stück vereinbart hat, muß dafür gesorgt werden, daß auch hier nicht unter diesen Preis heruntergegangen wird, weshalb über Gisleben die Sperre verhängt ist.

In Schwab. Gmünd sind die Differenzen in der Möbelfabrik von Seb. Haas noch nicht geregelt. Zugzug ist deshalb dahin noch fernzuhalten.

In Harburg a. d. Elbe kam es zwischen den organisierten Stellmachern und den Zinnungsmeistern zu Differenzen. Die Gesellen forderten Abschaffung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber, Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden und einen Minimallohn von 45 Pf. Diese nach den hiesigen Verhältnissen bescheidenen Forderungen auf einmal zu bewilligen, konnten die Herren Arbeitgeber nicht übers Herz bringen. Auch lehnten sie die Vermittlungsversuche der hiesigen Zahlstellenverwaltung ab. Um den Forderungen Nachdruck zu verschaffen, legten zwei Kollegen bereits die Arbeit nieder, die übrigen kündigten zum 5. April. Wir hoffen, daß die Zinnungsmeister noch zur Einsicht kommen und mit uns verhandeln werden, bitten aber um strenge Fernhaltung des Zugzugs auf alle Fälle.

In Sangerhausen sind in der Möbelfabrik von F. A. Braun seit 25. März sämtliche 78 Holzarbeiter aller Branchen ausständig. In dieser Fabrik waren sogar während der letzten zwei Jahre trotz des günstigen Geschäftsganges mehrfach Lohnreduktionen vorgenommen worden. Auch jetzt sollte wieder ein solcher Überlaß bei den Polierern vorgenommen werden, während die Tischler infolge der Produktionsänderung überhaupt mit keinen festen Affordpreisen rechnen konnten. Deswegen stellten am 7. März die Arbeiter die Forderung: Festlegung sämtlicher Lohn- und Affordsätze. Am 23. März begannen die Verhandlungen hierüber. Die Firma erklärte jedoch immer wieder, daß sie Zugeständnisse in bezug auf Verbesserung der Lohn- und Affordsätze nicht machen könne, weil das den Ruin des Geschäftes bedeuten und sie deswegen daselbe eher ganz aufgeben würde. Wie sehr solche Verbesserungen jedoch notwendig sind, beweisen die bisherigen Verdienste; dieselben betragen für Maschinenarbeiter 34 bis 38 Pf. pro Stunde, für Polierer 32 bis 45 Pf., für Stuhlbauer und Gestellmacher 17 bis 19 Mk. und für Tischler 22 bis 24 Mk. pro Woche. Jetzt sucht die Firma in bürgerlichen Blättern die Mär zu verbreiten, die Arbeiter hätten trotz der schlechten Geschäftslage eine 15prozentige Zulage gefordert. Wenn's wahr wäre, wäre es jedenfalls zum Ausgleich der Löhne zwischen hier und anderswo immer noch nicht genug. Aber so „unverschämte“ waren ja die Arbeiter gar nicht, die halten vielmehr den besten Willen, durch gütlichen Ausgleich die Sache beizulegen. Die Firma ging, allein hat den Antrag, sie in den Ausnahmefällen hinanzurufen zu haben durch ihre am 25. März kundgegebene Erklärung: „Die Kommissionsvertreter, mit denen wir unterhandeln wollen, bestimmen wir“, womit sie in brüskester Form bewies, daß sie sich nicht nur jeder materiellen Aufbesserung, sondern jeder anständigen vertraglichen Regelung des Arbeitsverhältnisses aufs äußerste zu widersetzen gewillt sei. Sie mag also ihren Willen haben. Vor Zugzug von Tischlern, Drechslern, Stuhl- und Gestellmachern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Sangerhausen wird deswegen dringend gewarnt.

Aus der Holzindustrie.

Ein Arbeitgeberbund für das Korbmacherhandwerk.

Sobald es bekannt wird, daß sich die Heeresverwaltung wieder mit der Absicht trägt, eine größere Partie Geschößkörbe in Auftrag zu geben, da regt es sich unter den deutschen Korbmachern, Meister und Gesellen verfolgen mit gespannter Aufmerksamkeit die Entwicklung der Dinge, und allgemein geht man mit dem festen Vorsatz an die Arbeit, diesmal unbedingt dafür zu sorgen, daß anständige Preise gehalten und eine solche Unterbietung, wie sie früher Platz gegriffen hat, jetzt nicht mehr vorkommen darf. Diese Absicht ist gewiß lobenswert. Die Korbmacherei ist ein Gewerbe, welches seinen Mann schlecht nährt, und es ist den „Armen der Armen in der Holzindustrie“, wie man die Korbmacher nicht mit Unrecht genannt hat, wohl zu gönnen, wenn einmal eine Zeit eintritt, in welcher sie etwas mehr verdienen können, als es sonst die Jahre hindurch üblich war. Das Anglück will es nur, daß immer wieder Momente eintreten, die alle guten Vorsätze über den Haufen werfen, so daß am Ende einer Geschößkorbperiode konstatiert werden muß, die Preise sind so gedrückt, daß auch an den Geschößkörben kaum mehr verdient werden kann als an den sonstigen Arbeiten. Es ist jetzt ein Jahr her, daß die Zentralkommission der Korbmacher öffentlich bekannt gab, daß der Lohn nach den

ersten Probekörben, die in Spandau angefertigt wurden, für die demnächst beginnende Geschößkorbperiode auf 4,60 Mk. pro Stück festgesetzt sei. Es wurde daran die Hoffnung geknüpft, daß diesmal die Kollegen ihre Interessen besser wahren würden, als das bei der Geschößkorbperiode vor 10 Jahren der Fall war. Diese Hoffnung hat sich leider nicht erfüllt; kaum waren im Sommer die ersten Körbe in Arbeit genommen, da wurde auch schon von Versuchen berichtet, die Preise herabzudrücken. In einigen Orten wehrten sich die Kollegen erfolgreich gegen die angesommene Reduktion auf 4,25 Mk. Da aber anderwärts dieser Preis akzeptiert worden war, mußten auch die Widerstrebenden schließlich nachgeben. Sehr ungünstig wurde das Streben nach Einhaltung anständiger Preise durch den Umstand beeinflusst, daß sich die Konkurrenz in einigen süddeutschen Orten, besonders in Bayern, sehr unliebsam bemerklich machte. Während man sich in Norddeutschland noch energisch für einen Mindestpreis von 4,60 Mk. ins Zeug legte, wurde bekannt, daß in den fränkischen Orten Dinkelsbühl, Michelau, Mittweid usw. Körbe für 2,50 Mk., ja sogar für 2,20 Mk. angefertigt wurden, welche die Unternehmer der Militärbehörden für 4,50 Mk. offeriert hatten.

Wiederholt war von den Kollegen in den Orten, welche für die Geschößkörbe in Betracht kommen, der Wunsch nach Abhaltung einer Konferenz laut geworden. Dieselbe fand dann am 3. November in Berlin statt, und die dort gepflogene Aussprache zeigte, daß es unmöglich war, den Preis von 4,60 Mk. zu halten. Es wurde beschlossen, den Preis auf 3,50 Mk. herabzusetzen; doch sollte dieser Satz das Minimum sein, unter welches nicht heruntergegangen werden dürfe. Dagegen sollte den Kollegen unter Umständen gestattet sein, einen höheren Preis zu fordern. Nur zu bald zeigte sich, daß die Beschlüsse der Konferenz keine nachhaltige Wirkung hatten. Die Versuche der Unternehmer, die Preise weiter zu drücken, hörten nicht auf, und nicht überall wurde ihnen der notwendige Widerstand entgegengesetzt. Schneller, als man erwartet hatte, mußten sich die Kollegen einer weiteren Reduktion fügen, und in einer Vereinbarung, welche die Zentralkommission der Korbmacher am 10. März mit einigen Firmen in Berlin und anderen Orten abschloß, ist der Preis auf 3 Mk. festgesetzt worden.

Ob und inwieweit die Militärverwaltung durch die bei der Ausschreibung der Lieferungen angewandten Methoden auf die Herabdrückung des Preises eingewirkt hat, mag hier ununtersucht bleiben. Deartige Versuche hätten aber erfolglos bleiben müssen, wenn Unternehmer und Arbeiter das nötige Rückgrat gezeigt hätten. Wenn man den Verlauf der gegenwärtigen Geschößkorbperiode verfolgt, dann gewinnt man den Eindruck, daß sich die Unternehmer nur von dem Bestreben leiten ließen, unter allen Umständen Lieferungen übertragen zu erhalten, ohne Rücksicht auf den Preis, und daß sie sich kein Gewissen daraus machten, sich gegenseitig zu unterbieten. Ihre Hoffnung, daß die Arbeiter sich schließlich mit einem niedrigeren Lohn abfinden und es vorziehen würden, Geschößkörbe für einen billigeren Preis anzufertigen, als ganz auf diese Arbeit zu verzichten, hat nicht immer getrogen. Die Folge ist ein unaufhaltbares Zurückgehen der Preise, so daß die Befürchtung, daß sich auch der Preis von 3 Mk. nicht lange wird halten lassen, sehr nahe liegt. Diese Vermutung ist um so berechtigter, als, wie wir in den letzten Tagen erfahren, schon vereinzelt Körbe für 2,70 Mk. angeboten worden sind. Natürlich gingen die Arbeiter auf dieses Angebot nicht ein.

Das sind unhaltbare Zustände, an welchen wir aber die Hauptschuld den Unternehmern zuschieben müssen, die es verkannt haben, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, um der unruhigen Konkurrenz zu begegnen. Es war schon reichlich spät, als der Abnehmer-Beginn von der Berliner Korbmachervereinigung in Nr. 2 der „Deutschen Korbmacher-Zeitung“ an seine Kollegen die Mahnung richtete, Preise zu halten. Jetzt nimmt Herr Mollau in Hamburg diesen Ruf auf und macht zugleich den Vorschlag, einen Arbeitgeberbund des Korbmacherhandwerks zu gründen. An und für sich wäre eine Organisation der Unternehmer in der Korbindustrie, die bestimmt ist, die Preise zu heben, nur zu begrüßen, und vorläufig ist ja nur von dieser Aufgabe der zu gründenden Organisation die Rede. Aber unsere Kollegen werden trotzdem gut tun, wenn sie die Entwicklung der Dinge aufmerksam und mit dem nötigen Mißtrauen verfolgen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Spitze derartigen Unternehmerorganisationen sich sehr bald und ausschließlich gegen die Arbeiter richtet, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Korbmachermeister mittels eines Arbeitgeberverbandes versuchen, ihre Position auf Kosten der Arbeiter zu verbessern. Ein solches Resultat der gegenwärtigen Geschößkorbperiode wäre ein recht zweifelhafter Erfolg. Jedenfalls muß der Plan der Gründung eines Arbeitgeberverbandes unsere Kollegen veranlassen, mit aller Energie an den Ausbau unseres Verbandes zu gehen, um so von vornherein den Unternehmern die Möglichkeit zu nehmen, eine Preispolitik gegen die Arbeiter zu machen. Wollen sie mit uns gemeinsam die Mißstände im Gewerbe bekämpfen, dann werden sie uns bereit finden, unbestimmert um die Form der Organisation, die sie sich geben.

Streifbrecherbetten werden in Lauterberg a. Harz zum Kauf ausbezogen. Das dortige „Wochenblatt“ enthält folgendes Inserat:

„Einen größeren Posten eiserne Bettstellen mit Strohläden sowie Schlaf-(Pferde-)Decken verkauft preiswert A. S. Sillegest, Stuhlfabrik.“
 Das läßt darauf schließen, daß die Lauterberger Fabrikanten aus der letzten Aussperrung doch einiges gelernt haben und so bald nicht wieder einen Kampf vom Zaune brechen werden, bei welchem sie auf die Hilfe der zwar recht

nüchlichen, aber wenig appetitlichen Elemente angewiesen sind, die sie bei sich einquartieren mußten. Sind auch die Streifbrecher selbst abgehoben, so haben sie doch von ihrem Dasein gewisse Spuren hinterlassen, die trotz der energischen Anstrengung von Zigarettenpulver noch nicht ganz zu beseitigen waren. Zum mindesten drückt die Befürchtung, mit den Streifbrecherbetten auch unliebsame Zugaben zu erhalten, sehr wesentlich auf den Preis der Reliquien von der Lauterberger Aussperrung. Die Firma Weiß & Hildebrandt hat schon vor einiger Zeit folgenden Tarif an das „Schwarze Brett“ angeschlagen:

„Wir verkaufen:

Wollene Schlafdecken	Preis 2,50 Mk.
Eiserne Bettstellen mit Matratze und Reistkissen 12,50	=
Wollene Bettlaken	1,50 bis 2,—

Weiß & Hildebrandt.

Ob sich Liebhaber gefunden haben, wissen wir nicht. Immerhin begrüßen wir diesen Versuch, sich der Streifbrecherrequisiten zu entäußern, als ein Zeichen dafür, daß auch die Lauterberger Fabrikanten aus der Streifbrecherwirtschaft die richtige Lehre gezogen haben.

Gewerkschaftliches.

Rechenschaftsbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für das Jahr 1907.

Die Generalkommission veröffentlicht in Nr. 11 des „Korrespondenzblatt“ schon ihren Rechenschaftsbericht für das Jahr 1907. In demselben wird eingangs des Entwurfs zu einem Reichsvereinsgesetz Erwähnung getan. Dieser Entwurf entspreche bei weitem nicht den Wünschen der Gewerkschaften, im Gegenteil sei in ihm der Versuch gemacht, die Vereine und Versammlungen nach preußischem Verwaltungsmuster der Polizeiaufsicht zu unterstellen, soweit dies nur immer möglich sei. Dessenungeachtet hat die Generalkommission von der Einleitung einer großzügigen Agitation gegen das Gesetz abgesehen und diese Gegenagitation allein den Gewerkschaftskartellen überlassen, denn: „Gegenüber den Gesetzen, die nördlich der Mainlinie gelten, bedeutet das vorgeschlagene Gesetz im allgemeinen einen Fortschritt, abgesehen davon, daß wir endlich in Deutschland zu einer Einheitlichkeit des Rechtes auf diesem Gebiet mit einem Reichsvereinsgesetz kommen würden.“ Fällt aber das Gesetz bei der Entscheidung im Reichstag, oder wird es von der Regierung in der vom Reichstag beschlossenen Fassung abgelehnt, so soll mit erhöhter Energie der Kampf gegen die heutige Praxis auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungslebens aufgenommen werden.

Im letzten Jahre haben des öfteren Sitzungen der Generalkommission mit dem Parteivorstand zwecks Regelung von Fragen, welche die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung in gleichem Maße berühren, stattgefunden. So wegen der Maifeierfrage und zwecks Einigung mit den lokalen Gewerkschaften. Erfreulicherweise ist in allen Fällen eine Verständigung über die beratenden Fragen erzielt worden, und ist es zu keinerlei Differenz oder zu einer Meinungsverschiedenheit nach erfolgter Aussprache gekommen.

Die Frage der Dienstbotenorganisation gab der Generalkommission mehrfach Veranlassung zu eingehenden Beratungen. Zunächst wurden die Gewerkschaftskartelle angewiesen, die Organisation der Dienstboten allenthalben in die Hand zu nehmen. Ferner wurden von der Generalkommission die Vorarbeiten zu einem eventuell zu gründenden Zentralverband für die Dienstboten aufgenommen. Das unzeitgemäße Eingreifen der sozialdemokratischen Frauenorganisationen nötigte dann die Kommission, die Frage der Dienstbotenorganisation nicht weiter zu erörtern.

Die Anträge des Vereins der Hausangestellten Berlins, des Verbandes der Hausierer und reisenden Händler, des Industrieverbandes für den Solinger Bezirk und des Verbandes der reisenden und gereift habenden organisierten Arbeiter auf Anschluß an die Generalkommission wurden grundsätzlich abgelehnt, dagegen wurde den Anschlußanträgen der Hotelbedienten und Kgl. Logographen zugestimmt. Ebenfalls wurde eine Beteiligung an einem von bürgerlichen Frauenrechtlerinnen und Sozialpolitikern einberufenen Arbeiterinnentag sowie an einem von derselben Seite gebildeten Ausschuß für Arbeiterinneninteressen aus prinzipiellen Gründen abgelehnt. Von der Generalkommission ist lange vorher schon ein Arbeiterinnensekretariat gegründet worden, ehe sich in bürgerlichen Kreisen dieses Interesse an der Arbeiterinnenfrage bemerkbar machte.

Die bisher von der Generalkommission unterstützten provinziellen Agitationskommissionen und Arbeitersekretariate wurden nach wie vor von ihr noch subventioniert. Dazu wird seit 1. April 1907 noch das bisher teilweise von den Verbänden der Bergarbeiter, Glasarbeiter und Porzellanarbeiter mit unterstützte Arbeitersekretariat für das Saarrevier vollständig aus den Mitteln der Generalkommission erhalten. An das Informationsbureau für die Bodenseeuferstaaten zahlt die Kommission einen jährlichen Beitrag von 100 Mk.

Von Interesse sind noch die in dem Bericht gemachten Angaben über die Unterrichtskurse. Es haben solche bisher acht stattgefunden, an denen insgesamt 442 Gewerkschaftsmitglieder teilgenommen haben. Die Teilnehmerzahl schwankte in den einzelnen Kursen zwischen 29 und 71. Von den 442 Teilnehmern entsandte der Verband der Maurer 97, Metallarbeiter 35, Transportarbeiter 34, Zimmerer 29, Bergarbeiter 25, Textilarbeiter 22, Maler 19, Bauarbeiter 15, Gemeindegewerkschaften 14, Holzarbeiter 14, Fabrikarbeiter 13, Hafnarbeiter 10, Schmiede 10, Bäcker 9, usw.

In dem Bericht wird noch auf das geringe Entgegenkommen des Reichsstatistischen Amtes bei Durchführung der amtlichen Streifstatistik hingewiesen. Das Verhalten des

Reichsstatistischen Amtes in dieser Frage ist um so eigentümlicher, als diese Reichsbehörde bei Durchführung der Arbeiterstatistik die Hilfe der Gewerkschaften in steigendem Maße in Anspruch nimmt.

Der Rassenbericht der Generalkommission weist eine Gesamteinnahme von 320 178 Mk., eine Gesamtausgabe von 226 710 Mk. und eine Vermögenssteigerung von 254 764 Mk. auf 348 232 Mk. auf. Von den Ausgaben nennen wir 43 520 Mk. für den Unterhalt von 10 Agitationskommissionen und 2 Arbeitersekretariate, 17 046 Mk. für sonstige Agitation, 25 072 Mk. für den Verlag, 25 520 Mk. für die Verwaltung der Generalkommission, 6 151 Mk. für die Unterrichtskurse, 44 479 Mk. für das „Korrespondenzblatt“, 21 147 Mark für das italienische und 10 774 Mk. für das polnische Organ, 13 456 Mk. für das Reichsarbeitersekretariat. Insgesamt wurden 6 Streifsammlungen vorgenommen, die 200 254 Mk. Einnahme ergaben. Dieser Betrag wurde nahezu vollständig an die der Hilfe bedürftenden Gewerkschaften abgeführt.

Das „Korrespondenzblatt“ erschien Ende 1907 in einer Auflage von 23 800 Exemplaren, während die Auflage des italienischen und polnischen Organs sich auf 10 650 respektive 6562 Exemplare belief.

Protest gegen das veröfentlichte Reichsvereinsgesetz. Genosse Legien, der Vorsitzende der Generalkommission, erläßt im „Vorwärts“ einen Aufruf zum energischen Protest gegen den von der Reichstagsblockmehrheit in der Vereinsgesetzkommission veröfentlichten Entwurf eines Vereinsgesetzes. Der Parteivorstand schließt sich diesem Aufruf an. Die Gewerkschaftskartelle und örtlichen Parteioorganisationen werden aufgefordert, unverzüglich Protestversammlungen einzuberufen, um in letzter Stunde noch die Annahme der gewerkschaftschädigenden Bestimmungen des geplanten Vereinsgesetzes zu verhindern. Bravo!

Der nächste Gewerkschaftskongress findet bekanntlich in der letzten Juniwoche dieses Jahres in Hamburg statt. Die Generalkommission macht nunmehr die provisorische Tagesordnung desselben bekannt, und zwar sollen neben den üblichen Berichten folgende wichtige Fragen zur Verhandlung gestellt werden: Agitation unter den Dienstboten (Referent H. Grünberg), die Vertretung der Rechtssuchenden durch die Arbeiter-Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten (Referent F. Lesche), die staatliche Versicherung der Privatangestellten (Referent P. Lange), die gewerkschaftliche Stellenvermittlung (Referent S. Böhsch), der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel (Referent D. Ullmann), Grenzfreizügigkeiten, die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland (Referent G. Molkenbuhr).

Im Baugewerbe haben die Tarifverhandlungen in den letzten Tagen eine entscheidungsvolle Wendung genommen. Nachdem die örtlichen Verhandlungen allenthalben ergebnislos geblieben waren, weil sich die Parteien über einige prinzipielle Fragen nicht einigen konnten, fanden am 25. und 26. März in Berlin unter dem Vorsitz des Gewerbegerichtsvorsitzenden Magistratsrat v. Schulz-Berlin, des Gerichtsrats Dr. Brenner-München und des Beigeordneten Dr. Wiesfeld-Gießen zwischen dem Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und den Zentralvorständen der freien Gewerkschaften der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, sowie des Christlichen Bauarbeiterverbandes Verhandlungen über ein allgemeines Schema für die abzuschließenden Tarifverträge statt. Nach 23 stündiger Verhandlung wurde eine Vereinbarung erzielt, durch welche die allgemein strittigen Fragen (tägliche Arbeit, Akkordarbeit, Agitations- und Beschäftigungsklausel), welche bisher dem Abschluß von Lokaltarifen hinderlich waren, außer Streit gesetzt wurden. Über die sonstigen Tarifbestimmungen, insbesondere über die Lohnhöhe, soll an den Tariforten selbst verhandelt werden. Zu diesem Behuf finden am 1. April in München, am 6. April in Gießen, am 9. April in Berlin und am 2. April in Frankfurt a. M. Verhandlungen statt. Damit ist ein, wenn auch geringe Aussicht auf friedliche Beilegung der Differenzen im Baugewerbe gegeben.

Der Buchbinderverband steigerte im Jahre 1907 seine Mitgliederzahl von 20 471 (hiervon 8621 weibliche) auf 22 059 (9285 weibliche), also um 1588.

Der Kürschnerverband hatte im Jahre 1907 45 059 Mk. Einnahmen und 31 507 Mk. Ausgaben, hiervon 1853 Mk. für Agitation, 1849 Mk. für Streik, 660 Mk. für Gemeinregelungen, 5283 Mk. für Kranken-, 195 Mk. für Sterbeunterstützung, 132 Mk. für Rechtschutz, 2188 Mk. für das Fachorgan, 2200 Mk. persönliche Verwaltungskosten. Das Vermögen beträgt Ende 1907 39 120 Mk., davon 32 288 Mk. Hauptkassengelder.

Eine internationale Schneiderkonferenz findet im Anschluß an den Verbandstag des Schneiderverbandes in der letzten Augustwoche in Frankfurt a. M. statt.

Ein gelbes Fiasko. Die seit circa drei Vierteljahren in Dresden erscheinende „Freie Deutsche Presse“, eine gelbe Tageszeitung, stellt am 1. April ihr Erscheinen ein. Anscheinend haben es die Scharfmacher und die sonstigen Hintermänner der Gelben abgelehnt, weiter ihr schönes Geld für die aussichtslose gelbe Sache zu opfern. Möge das Schicksal dieser Gründung den Arbeitern, die heute noch den trügerischen Lockungen der Arbeiterfeinde folgen, eine Lehre sein, daß diese wohl den Verrat, niemals aber den Verräter lieben, und sie genau so mit einem Fußtritt verächtlich beiseite gestoßen werden, wenn sie ihnen nichts mehr nützen können.

Soziale Rechtspflege.

Sind Akkordarbeiter verpflichtet, den angefangenen Akkord fertigzustellen, wenn die Kündigung abgeschlossen ist?

□ In zahlreichen Arbeitsordnungen befindet sich die Bestimmung: „Kündigung ist ausgeschlossen, Akkordarbeiter sind jedoch verpflichtet, den angefangenen Akkord fertigzustellen.“ Daß diese Bestimmung ein Widerspruch in sich ist und im Gegensatz zu § 122 der Gewerbeordnung, wonach die Kündigungsfristen für beide Teile, also Arbeitnehmer und Arbeit-

geber gleich sein müssen, einseitig zugunsten der Unternehmer eintritt, ist klar. Leider haben viele Gewerbegerichte bei derartigen Lohnfreizügigkeiten zuungunsten der Arbeiter entschieden und diese Bestimmung der Arbeitsordnung als rechtmäßig erklärt. Doppelt erfreulich ist deshalb ein Urteil des Gewerbegerichts Charlottenburg, welches folgendes bestimmt: „Für das Arbeitsverhältnis war Kündigungs-ausschluß maßgebend. Beide Parteien konnten daher das Arbeitsverhältnis ohne vorherige Kündigung auflösen. Dies hat der Kläger auch getan. Der zufälligen Bestimmung: „Die Akkordarbeiter sind jedoch verpflichtet, den angefangenen Akkord fertigzustellen,“ konnte Rechts gültigkeit nicht zuerkannt werden. Nach § 122 der Gewerbeordnung kann für die Auflösung des Arbeitsverhältnisses eine andere Kündigungsfrist als die gesetzliche vereinbart werden, dies jedoch nur unter der Bedingung, daß diese abweichende Vereinbarung für beide Teile gleich ist, widrigenfalls die dieser Bestimmung zuwiderlaufenden Vereinbarungen nichtig sind. Durch die Bestimmung, daß Akkordarbeiter verpflichtet sind, den angefangenen Akkord erst fertigzustellen, tritt eine Modifizierung des Kündigungsverhältnisses einseitig zugunsten der Firma ein, denn die Verpflichtung zur Fertigstellung angefangener Akkordarbeit entspricht keineswegs auch einer Berechtigung des Akkordarbeiters, bei Widerspruch des Arbeitgebers erst den angefangenen Akkord zu Ende zu führen. Es mangelt also an der notwendigen Gegenseitigkeit dieser Vereinbarung, so daß sie nichtig ist.“ Diese Entscheidung ist sehr wichtig, und sollten unsere Kollegen ihre Arbeitsordnungen näher darauf ansehen!

Eingefandt.

Zur Lage der Maschinenarbeiter.

Der Verfasser des Artikels in Nr. 11 der „Solzarbeiter-Zeitung“ schreibt, daß die Fabrikinspektoren in Süddeutschland sich für die ihnen anvertrauten Betriebe mehr betätigen als in Preußen. Bei uns in Sachen könnte man meinen, daß es überhaupt keine Fabrikinspektoren gibt, habe ich doch in dem Betrieb, wo ich circa drei Jahre beschäftigt bin, überhaupt noch keinen Inspektor zu sehen bekommen. Dasselbe kann ich auch von meiner vorhergehenden Stelle sagen, wo ich sechs Jahre beschäftigt gewesen bin. Glaubt man aber, daß es genügt, den Unternehmer auf vorhandene Mängel aufmerksam zu machen, um ihn zur Anbringung der notwendigen Schutzvorrichtungen zu veranlassen, so hat man sich sehr geirrt, denn die Herren halten es nicht für nötig, solange nicht eine Anweisung von höherer Instanz erfolgt ist. In punkto Unfallgefahren möchte ich nur darauf hinweisen, daß wir noch viele Kollegen haben, welche die vorhandenen Schutzvorrichtungen nicht benutzen, weil sie glauben, durch langjährige Tätigkeit einer Unfallgefahr nicht mehr ausgesetzt zu sein. Betreffend der runden Messerwelle an Drehmaschinen muß ich konstatieren, daß ich von meinen Kollegen bisher noch nichts gehört habe, daß dieselbe in irgend einem Betrieb eingeführt sei. Ein Zeichen dafür, daß wir uns mehr damit befassen müssen, dahin zu wirken, wenigstens die vorhandenen Schutzvorrichtungen für sämtliche Maschinen zur Einführung zu bringen. Was das Arbeiten der Wankschreiner an Maschinen anbelangt, kann ich mit dem Artikelschreiber nicht ganz übereinstimmen. Ich glaube, daß dem Unternehmer gar nicht damit gebient ist, wenn er die Arbeiten an den Maschinen von Wankschreiner mit ausführen läßt, denn ich habe die Erfahrungen gemacht, daß überall dort, wo das geschieht, die Maschinen sich in einem fast gebrauchsunfähigen Zustand befinden haben. Das ist ganz erklärlich, da jeder seine Arbeit auf schnellstem Wege herstellen will und gar nicht daran denkt, für Instandhaltung der Maschine und Bestandteile zu sorgen. Deshalb sind jetzt die Unternehmer gar nicht mehr dazu geneigt, die Maschinenarbeiten von Wankschreiner anfertigen zu lassen.

Was das Einstellen von Maschinenarbeitern aus anderen Berufen anbelangt, bin ich der Meinung, daß dasselbe im Abnehmen begriffen ist, da durch die abgeschlossenen Verträge der Lohn für Maschinenarbeiter bedeutend gestiegen ist und die Unternehmer gar nicht geneigt sind, zu den von ihnen als „hohen Lohn“ bezeichneten Sätzen Leute einzustellen, welche nicht durch langjährige Tätigkeit als Maschinenarbeiter einen Nachweis erbringen können.

Auf alle Fälle ist das Akkordsystem zu verwerfen. Leider gibt es aber auch da noch Kollegen, welche darin einen Vorteil erblicken; das sind aber auch diejenigen, welche noch am rückständigsten im Lohnverhältnis sind und welche an unseren Verhandlungen am wenigsten teilnehmen.

Im großen und ganzen haben die Maschinenarbeiter alle Ursache sich zusammenzuschließen, um ihre Lage zu verbessern, denn sie stellen nicht nur dem Unternehmer ihre Arbeitskraft, sondern auch ihre Gliedmaßen zur Verfügung. Darum, Kollegen, die ihr noch fernsteht, wachet auf, tretet ein in den Deutschen Solzarbeiterverband.

Otto Gentschel-Dresden.

Literarisches.

Karl Kautsky, Die historische Leistung von Karl Marx. Zum 25. Todestag des Meisters. Mit einem Porträt von Karl Marx. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 1 Mk., Volksausgabe 30 Pf.

Kautsky will durch diese Arbeit das Verständnis dessen erleichtern, was Marx der Welt gebracht hat. Das dürfte, wie Kautsky in seinem Vorwort sagt, keineswegs so allgemein bekannt sein, wie es notwendig wäre in einer Zeit, in der so heftig für und wider Marx gekritten wird. Die Broschüre will nicht bloß eine Studie zur Parteilichkeit sein, sondern auch ein Beitrag zur Entscheidung aktueller Fragen.

Dr. Edward David, Referentführer. Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokratische Agitationstätigkeit nötigen Wissens und Könnens. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Zweite Auflage. Preis 1,50 Mk.

